**Freitag, den 1. Dez.** **Mitgliederversammlungen** **in Groß-Berlin**

(1—75 Kilometer), Zone 2 (76—150 Kilometer), Zone 3 (über 150 Kilometer) erhoben für die 3. Klasse 100, 200 und 300 Mark, für die 2. Klasse 200, 400 und 600 Mark, für die 1. Klasse 400, 800 und 1200 Mark. Die Beförderung wird von demselben Tage ab auf 1 Mark (bisher 40 Pf.) für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer erhöht. Die Mindestfracht wird auf 100 Mark (bisher 40 Mark) festgesetzt. Der Expreßgutzuschlag entspricht dem jeweils um 60 Proz. erhöhten Eilgutsatz.

Vom 1. Januar 1923 ab werden alle fertig gedruckten Fahrkarten nach Reichsbahnstationen, also neben den einfachen Karten auch die Zeitkarten, Gesellschaftskarten, Arbeiterrückfahrkarten usw. im allgemeinen anhand des Fahrpreises nur die Kilometergahl enthalten.

### Verdoppelung der Postgebühren

Der neue Reichspostminister Giesberts beruft die Mitglieder des Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium zu einer Sitzung am 29. November. „Zur Beratung kommen die Sparmaßnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, als da sind: Erhöhung der Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Inhalt der Gebührenordnung will die Reichspost die Postgebühren möglichst zum 15. Dezember wieder erhöhen. Bei den Post-, Postscheck- und Telegraphengebühren soll es sich im allgemeinen wieder um eine Erhöhung von 100 Prozent handeln; bei den Fernsprechgebühren will man die Grundgebühr auf der bisherigen Höhe belassen, die Gesprächs- und Nebengebühren jedoch verdoppeln und die Fernsprechgebühr um das Zweieinhalbfache erhöhen.

Den Preis für eine Briefmarkenausgabe in Berlin durchschnittlich auf 50 Mark und 60 Mark für Auslandsverkehr zu erhöhen. Die hölzernen Hasen sollen an eine Altersgrenze geknüpft werden. Der „neue Mann", Cuno, der das Vertrauen von „Hergt bis Levin" hat, sagte in seiner „Programmrede" mit Recht:

„In enger Verstrickung von Wirkung und Ursache ist im Innern die deutsche Festung und vor allem der Wirtschaftsgrund der deutschen Arbeit erbeblich gesunken. Dies bedeutet eine ungeheure Umschichtung der Lebenslagen unseres Volkes, wie sie noch nie in so kurzer Zeit erlebt wurde. Entschädigung bezwingen, die Gesamtmasse der in Papiermark verschuldeten, Enteignung der Gläubiger, die an Privaten und besonders an den Staat hochwertige Mark in gutem Glauben hingegeben haben, die Hunderttausende solcher privater Sparer namentlich aus dem alten Mittelstand sowohl wie unserer gesamten öffentlichen Einrichtungen. Löhne und Gehälter können bei weitem nicht dem Steigen des Geldwertes angemessen werden. Die Mark hat ihre Geltung als Mittel der Wertberechnung wie Bemessung verloren. Die Folge ist trotz des äußeren, als der Papiermark innewohnenden und sie sehr irreführenden Scheins der Preisgerecht mancher Unternehmungen fortschreitende Minderung der Substanz, ist folgende Kreditnot, die alsbald die Beschaffung von Rohstoffen und damit die Vollbeschäftigung der Arbeiter gefährden muß. Es ist eine unabweisbare Forderung, gesteigerte Löhne nach zusätzlichen Zahlungsmitteln volkswirtschaftlich berechtigt bei den mit der Einfuhrwirtschaft verbundenen Betrieben.

Es liegt im Wesen der Wirtschaftsgesetze, daß der wirtschaftliche Zustand Deutschlands bei fortwährenden Ursachen nicht auf dem heutigen Stande bleiben kann, sondern weiter sinken muß. Wenn ich Ihn an die bevorstehende, in Kraft tretende, am 9. November beschlossene Verordnung über Betriebsräte, die die jährliche Erhöhung der Kohlenpreise, an die ebenfalls bereits festgesetzten wahrscheinlichen Tariferhöhungen erinnere, erkennen Sie am besten die Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahntarife. Zwar arbeitet unsere Wirtschaft und ist der Wille zur Arbeit überall gestiegen, zwar seinen wenig Menschen — gleichwohl

**die Wirtschaft stockt.**

Dies ist das Deutschland des beginnenden Winters 1922-23."

Wenn das Proletariat von seinem Klassenstandpunkt aus, angesichts dieser Lage die Konsequenzen ziehen würde, so wäre es auch in der Lage noch rechtzeitig die Fesseln Knechtungen der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie abzuwerfen. Aber dem ist nicht so. Was die Vertreter des Kapitals klipp und klar aussprecht, das glauben diese Proletarier noch nicht, und „kontrollieren" erst noch, ob es wirklich so schlimm ist. So kommt es dann das Verhängnis seinen Lauf. Der große Tod wird diesen Blinden Wirklichkeit Ernst heißen. Die Strafe für die Pflichtvergessenheit des Proletariats ist stets Untergang in der Barbarei, wenn es auf die Dauer vor der Sprache der geschichtlichen Tatsachen hartnäckig die Ohren verschließt.

### Die Sparsamkeit in den Volksschulen

**Berlin entlädt 700 Lehrkräfte**

Man muß natürlich die Gründe zu würdigen wissen. In den Schulzimmern, in denen die Proletarierkinder zusammengepfercht werden, obezgig und mehr in einer Klasse, darf zum Beispiel nicht geheizt werden, damit es schön warm bleibt. Wenn dies trotzdem geschieht und die „Wärme" ausbleibt, so zeigen eben die Kohlen nicht und die Proletarierkinder, die schon sowieso zu 80 Prozent unterernährt und schwindsüchtig sind, müssen noch mehr klappern als sonst. Die Republik muß eben alle „Stoffe" verwerten. Durch die so zusammengepferchten Kinder wird es ganz von selbst warm. Hauptsache, daß kein Luft schön festgehalten wird, und die Fenster fest verschlossen bleiben.

Durch den forschreitenden Bankerott wird natürlich die „Sparsamkeit" auf die Spitze getrieben. Zum 1. Januar sollen 700 Jungslehrer und -Lehrerinnen entlassen werden. Das nennt man „Konzentration im Schulwesen". Herzig Kinder können bei dem fliegenden Frost die Schulräume nicht mehr erwärmen, daher muß die Zahl erhöht werden. Und da in einem Klassenzimmer nur eine Höchstzahl notwendig ist, erspart man ein ganzes Bündel Geld. Man wird, um Konfliktstoffe zu meiden, die Sache nur am richtigen Ende anpacken. Man spart dann Kohlen, Beheizkräfte, Räume usw. mit einem Schlage; daß die Schwindsucht im proletarischen Nachwuchs ein bischen rascher steigt, spielt absolut keine Rolle.

Selbstverständlich werden die höheren Klassen davon nicht betroffen, sondern nur die „Volksschulen". Wer noch neugierig nach Gründen fragt, dem sei gesagt, er möge einmal nachfragen, in welche Schule die Kinder aller derjenigen gehen, denen die Arbeiterschaft in der Kommune eine Futterkrippe besorgte dadurch, daß sie die als „Vertreter" wählte. Er wird finden, daß die Sparmaßnahmen im Interesse des „Volkes" auch nur für das „Volk" sind, aber nicht für deren „Vertreter".

Auch hier tritt der Schwindel von den „Klassenbeträgen" klar zutage, auch wenn dies manche Proletarier noch nicht begreifen. Unterwäsche, ohne warme Kleidung, sich meistens selbst überlassen und in den Schulen, die in genügend mäßerische Hygienekommissionen umgemodelt werden, zusammengepfercht, stirbt die heranwachsende Generation dahin. Und die Eltern? Die brüllen bei jeder Gelegenheit: „Es lebe die Republik!"

### Die Arbeitslosigkeit wächst

Ueber die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 20. bis 25. November 1922 teilt das Landesarbeitsamt der Stadt Berlin noch folgende Zahlen mit: Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes läßt eine weitere Verschlechterung erkennen, die sich in einer erhöhten Zahl der Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfänger ausdrückt. Es waren 48 461 Personen erwerbslos gemeldet gegen 47 296 der Vorwoche. Unter diesen befanden sich 29 965 (29 470) männliche und 18 496 (17 826) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 4764 (4390) Personen, nur keinen 3559 (3163) männliche und 1374 (1229) weibliche Personen waren.

Hierbei ist zu beachten daß die statistisch erfaßten 48 461 Arbeitslosen noch bei weitem nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen darstellen. Unterstützung erhalten begreiflicherweise kaum 10 Prozent der Gemeldeten.

## Ausland

### Der französische Imperialismus besteht auf seinen Schein

**TU. Paris, 28. November.**

„Daily Mail" will von höchster offizieller Stelle den Plan erfahren haben, daß Frankreich im Verfolg des Reparationsplanes vorschlagen werde, Frankreich wird sich damit begnügen, die Hälfte des auf dem Papier stehenden Reparationsbetrages zu erhalten. Es wird einem fünfzigjährigen Moratorium für die Barzahlungen zustimmen, aber eine Garantie verlangen, daß diese Zahlungen in deutschen Deutschland und Frankreich zu verteilen wäre. Der deutsche Anteil wäre für die Stabilisierung des Marktkurses und die Entwicklung des Außenhandels zu verwenden, der französische für die Bezahlung der Reparationen. Eine französische Finanzkontrolle müßte in Deutschland eingeführt werden. Die Sachlieferungen seien fortzusetzen oder durch große öffentliche Arbeiten nach dem Plane de Lroqueurs zu ersetzen. Frankreich behalte sich auch weiter das Sanktionsrecht vor. Es wird bis die Annahme aller Kriegsschulden, die aus Kriegsmaterialslieferungen erwachsen sind, fordern, ist aber keineswegs bereit, auf die Guthaben bei den Ländern der Kleinen Entente zu verzichten.

Eine offizielle Hexen-Note kündigt an, daß die Poincaré-Regierung mit Nachdruck auf die eventuelle Ergebnislosigkeit der Brüsseler Konferenz und der Weigerung der Cuno-Regierung Reparationen zu zahlen, über die notwendigen Zwangsmaßnahmen beraten hat. Italien und Belgien seien bereits mit diesem Plan einverstanden und auch England werde ihn für den Fall einer Verelendung Deutschlands gut heißen.

* *

Den Herren Sozialdemokraten und den Gewerkschaften wird nun natürlich nichts anderes übrigbleiben, als den „Schutz der Republik" durch die erhöhte Schufterei als einzigen Ausweg zu zeigen. Wir werden bald wieder vor der 1. Januar nicht immer näher eine nationale Einheitsfront der Arbeiterklasse sehen. Die Rede Cunos, daß das, was „erfüllt" werden müsse, man am besten freiwillig tut, und oben länger arbeitet und weniger ist. Dieser Weg findet sich das Proletariat natürlich nur ein Ende auf dem Friedhof, wenn es nicht rechtzeitig erkennt, daß es das Kapital stürzen und eben da beginnen muß, wo es auf seinen Füßen steht. Die deutschen Proletarier brauchen zu diesem Zweck wirklich nicht nach Frankreich zu marschieren. Der Feind ist im Lande.

## England

### Die Herren „Führer" und der „Pöbel"

In England spiegelt sich die Krise des Kapitals in der Arbeitslosenfrage wieder. Wie wir in einer der letzten Nummern meldeten, haben sich in London Hunderttausende von Erwerbslosen versammelt, die dem Parlament ihre „Wünsche" vortragen wollten. Die eben beendeten Wahlen, die als ein „Sieg" des Proletariats gefeiert werden, mögen auch in den Erwerbslosen einen schwachen Hoffnungsschimmer erweckt haben, dahingehend, daß die gewählten „Führer" für sie eintreten werden. Alle jedoch diese „Führer" ihr Mandat aufstellen, zeigte folgende Meldung:

WTB. London, 27. November.

In einer Rede in Warrington erklärte gestern der Eisenbahnerführer Thomas, wenn die Regierung durch Unruhen oder unter dem Druck von Demonstrationen Arbeitsloser sich die Hände binden ließe, würde das die Regierung durch den Pöbel beherrschen. Die Arbeitslosen müßten ihre Vertreter ins Parlament senden, damit das Arbeitslosenproblem auf parlamentarischem Wege zu regeln."

Und wie die „parlamentarische Lösung" der Herren Führer aussieht, davon entwirft der Berichterstatter der „DAZ." folgendes Bild:

U. London, 24. November.

„Das neue englische Parlament ist am vergangenen Dienstag feierlich eröffnet worden. Es war ein Schauspiel, das sich mit dem ganzen herkömmlichen Prunk abrollte. Gegen Mittag fuhr das Königspaar in goldener Staatskarosse von Buckingham Palace nach Westminster, gefolgt von Bürdenträgern, Truppen und Ehrenwachen in den historischen Kostümen des Mittelalters. Das Haus of Lords war bereits vollzählig versammelt. Die Peers mit ihren Gattinnen, die Herzöge von York, Argyll, Wellington, Marlborough und Northumberland, die Richter, die Bischöfe unter Führung des Erzbischofs von Canterbury, der Bürgermeister von London, das diplomatische Korps, — das Ganze ein Gewimmel von goldstrotzenden Uniformen, scharlachroten Hermelin- und beispiellosen Diamantengeschmeide. Kurz vor zwölf erscheint der Prinz von Wales und nimmt neben dem Throne Aufstellung, und einige Minuten später zieht unter großem Hurrah das Königspaar in den Saal, beide die Krone auf dem Haupte, der König im Purpurmantel, die Königin in weiß und gold, überstrahlt von Edelsteinen. Sie verharren sich dreimal tief vor der Versammlung, steigen die Stufen des Thrones empor und verbeugen sich abermals. „My Lords, pray be seated!" sagt der König, und dann werden, genau nach dem historischen Ritus, die Commons in der Saal gerufen. Der Sprecher und die hervorragendsten Mitglieder der Regierungspartei und der Opposition erscheinen, Bonar Law als Führer der einen, Ramsay MacDonald von der Arbeiterpartei als Führer der anderen. Der König verliest die Thronrede, verbeugt sich abermals, führt die Königin aus dem Saal, und das Parlament ist eröffnet. Das Ganze ist ohne Zweifel ein sehr effektvolles Schauspiel."

Zur Vollständigkeit sei noch hinzugefügt, daß die — wenn auch vollständig unbedeutende KPG. ihre Hauptaufgabe darin erblickt, sich „in den Reihen der Labour Party" zu halten und natürlich auch ohne Unterlaß brüllt: „Hinein in die Gewerkschaften". Es ist mit dem „revolutionären" Parlamentarismus absolut vereinbar, in der Partei der königlichen Schleppenträger die „Opposition" zu mimen.

Auch in England wird das Proletariat über kurz oder lang erkennen müssen, daß nur die Revolution Rettung bringen kann. Gewiß ist dabei noch ein weiter Weg. Das deutsche Proletariat hat den Beweis bereits dafür geliefert, wie hart die Erkenntnissen sein müssen, ehe die Illusionen schwinden. Aber die Revolution geht trotzdem ihren Weg, auch in England.

## Oesterreich

In Oesterreich ist man eben dabei, das „Sanierungsprogramm" durchzuführen. Die Sozialdemokratie ist zu diesem Zweck bekanntlich in die Regierung eingetreten und die KPD. (Kompf) auf Befehl, weil sie ihre Parolen für die Verdammung des Proletariats für zukünftigen hält, als die der KP. Oesterreichs. Der Metallarbeiterverband hat gemeinsam mit den Unternehmern die Löhne um durchschnittlich 30 Prozent herab- und die Akkordpreise um 100 Prozent hinaufgesetzt. Die Proletarier bleiben bis jetzt noch in den Betrieben und machen die größten Geneinheiten mit, was zur Folge hat, daß sie nur noch in Lumpen herumlaufen und abgemagerte Gesichter haben. Die KP. Oesterreichs freut sich wie ein Kind ob ihres Erfolges.

## Mitteilungen

### Papierpreiserhöhung von 100 Prozent

Am 1. Dezember ist auch die „AUZ." gezwungen, den in letzter Zeit sich überstürzenden Papierpreiserhöhungen Rechnung zu tragen. Der Bezugspreis der „AUZ." muß von diesem Tage an erhöht werden. Denn er trotzdem noch verhältnismäßig unter dem Preis einer Tageszeitung bleibt, auf die einzelne Nummer und nach Belegung der Annoncen berechnet, so erscheint es uns als eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Bezieher Zeit durch die ökonomische Tätigkeit der Genossen bewußtigt wird.

Genossen! Trotz des großen Zeitungsterrors, das momentan gerichtet und hat noch steigern wird, ist es bisher gelungen, die „AUZ." in Deutschland in einer Auflage von 100 000 Exemplaren zu halten, in Zukunft wollen, trotz alledem! über es muß alles aufgeboten werden. Kein Opfer darf zu groß sein.

Die „AUZ." erfüllt für einen revolutionären Proletarier eine viel höhere und wichtigere Aufgabe als jede noch konterrevolutionärer Tageszeitung. Deshalb:

**Führt der „AUZ." neue Leser zu!**

**Unterstützt die „AUZ." durch schnellste Sammelgeld!**

**Sorgt für pünktliche Abrechnung!**

**Haltet die revolutionäre Fahne hoch!**

15. und 29. Bezirk. Sämtliche Genossen der KPD. des 29. und des früheren 15. Bezirks treffen sich Freitag, den 1. Dezember, 7 Uhr, bei Schulz, Reinickendorf-West, Lindenstraße 62.

Die Bezirksleitungen.

### Quittung

Für den Parteifonds eingegangen: Aus Berlin vom 3. Bezirk bei der Union 1000 Mark; für die politischen Gefangenen vom Betrieb Bergmann, Tegeler Weg, 1100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrt, Wilmersdorf.
Herausgeber: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Verleger: Emil Gaubert, Charlottenburg. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Borgmann, Berlin S 42, Dresdener Str. 120.

**An die Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen der KAPD.**

ist der Verlag in der Lage zu mäßigen Preisen, soweit Vorrat, nachstehendes Angebot zu machen:

Liebknecht: Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. — Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und Eingaben Liebknechts . . . . . brosch. 100 ℳ

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Enthüllungen der Justizrätin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: I. Die Ordnung herrscht in Berlin. II. Trotz alledem! usw. . . . . brosch. 15 „

Rosa Luxemburgs Rede auf dem Gründungsparteitag (Spartakusbund) . . . . . brosch. 25 „

Der Justizmord: Der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (Tatsachenmaterial) . . . . . brosch. 10 „

Radek: Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage . . . . . brosch. 20 „

Bestellzettel: Zur Krise der Kommunistischen Partei Ungarns (Internationale organisatorische Mißstände) . . . . . brosch. 30 „

Duchorin: Vom Wesen des Jorismus bis zur Diktatur des Proletariats . . . . . brosch. 60 „

Vorstehendes Angebot gilt nur bis zum 10. Dezember 1922, dann Preise freibleibend. Organisationen erhalten 20% Rabatt. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers. Versand gegen Voranszahlung des Betrages auf Postscheck-Konto: Berlin NW 7, Nr. 40029.

Genossen! Macht von diesem Angebot regen Gebrauch, da der Vorrat schnell vergriffen sein wird!

Alle früher mitgeteilten und preisgünstlichen Preise sind hiermit aufgehoben!

**Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.**

3. Jahrg. Nr. 89. Preis 35 Mark.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 150 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 200,— M. halbmonatlich, nach dem Ausland 800,— M. monatlich.

## Stabilisierung der Krone

Deutsch-Oesterreich ist von allen am Krieg beteiligten Staaten am stärksten unter der Wucht der Verhältnisse zusammengebrochen. Der Vertrag von Saint-Germain und die von der österreichischen Sozialdemokratie betriebene Erfüllungspolitik haben den Bankerott der österreichischen Wirtschaft herbeigeführt. Das Ententekapital hat zur Wahrung seiner Interessen, insbesondere zur Stärkung seiner slawischen Bundesgenossen, dieses Wirtschaftsgebilde geschaffen. Die Sozialdemokratie hatte es als seine Aufgabe übernommen, es lebensfähig zu gestalten. Sie hatte nach der Revolution unumschränkte Möglichkeiten. Das österreichische Proletariat erwartete von ihr den Sozialismus oder wenigstens eine überragende Organisation der Wirtschaft, eine Uebernahme der Produktion durch das österreichische Proletariat. Die österreichische Sozialdemokratie bildete das Gegenstück zur USPD. Auch in Oesterreich sollte die Sozialisierung marschieren, eine Demokratisierung der Verwaltung durchgeführt, eine republikanische Militärmacht geschaffen werden und wie alle die reformistischen Pläne lauten. Diese „Marksteine" des Kommunismus haben sich als undurchführbar erwiesen, weil der zusammenbrechende Kapitalismus einfach keine sozialen Einrichtungen mehr vertragen kann. Das Kapital sucht zuerst alle belastenden Ausgaben abzubauen. Dazu gehören insbesondere die in der Blüte geschaffenen Verbesserungen der proletarischen Existenz. Sobald der Kapitalismus als Grundlage des Wirtschaftssystems von der Arbeiterschaft anerkannt wird, ist sie auch gezwungen, nach seinen Notwendigkeiten zu leben. Der Ausbau der sozialen Einrichtungen, der in der ersten Periode nach der Revolution erfolgte, wurde vom Kapital nur unter dem Druck der von der Arbeiterschaft erkämpften staatlichen Position gestattet. Es war ihm von vornherein klar, daß eine Durchführung dieser Maßnahmen auf die Dauer, nicht haltbar ist, da die dadurch eingetretene Belastung nur mit einem weiteren Verfall bezahlt werden konnte. Der Verfall war aber für das Kapital notwendig, wenn es im Rahmen der Wirtschaftskrise überhaupt noch arbeiten wollte. Beschäftigung war aber unbedingt erforderlich, da bei dem nach der Revolution vorhandenen Selbstbewußtsein des österreichischen Proletariats der Versuch eine Umgestaltung der Wirtschaft durch revolutionäre Eingriffe in das kapitalistische System durchaus nicht von der Hand zu weisen war. Dieses Problem konnte nur gelöst werden, wenn ein Mittel geschaffen wurde, durch das gleichzeitig die Illusion sozialistischer Leitung und Sicherung der kapitalistischen Profite aufrechterhalten werden konnte. In der reformistischen Theorie spielte der Staat als der Vater der Allgemeinheit eine bedeutende Rolle. Man hatte ihm die Aufgabe übertragen, die in der kommunistischen Wirtschaft von der Gesellschaft übernommen werden sollten. Diese Identifizierung hat sich als außerordentlich verhängnisvoll erwiesen. Der Staat hat wohl seinen Einfluß und seine Macht in Gestalt der Notenpresse zur Rettung gelegt und sich dabei außerordentlich großzügig gezeigt. Die Geldzirkulation hat 3,16 Billionen Kronen erreicht, außerdem hat der Staat gegen 2,56 Billionen Schatzscheine bei der Notenbank untergebracht. Das Geschenk des Staates an seine Bürger beträgt somit über dreieinhalb Billionen Kronen. Der Profit dieser Verwässerung hat allein das Kapital gezogen. Es hat dadurch immer weiter den Reallohn herabsetzen können und sich durch Ankauf von Devisen seine Sachsubstanz, wenn auch nicht vollständig, so doch in ganz erheblichem Maße erhalten. Es hat die Krone bis zur letzten Exportmöglichkeit herabgetrieben. Schließlich, als man nichts mehr verkaufen konnte, hat man das ganze Unternehmen, welches sich Oesterreich nennt, meistbietend den Nachbarstaaten angeboten, um aus der durch einen eventuellen Machtzuwachs entstehenden Gefahr der Beeinträchtigung des künstlich geschaffenen europäischen Gleichgewichts eine Existenzmöglichkeit herauszuholen. Der Plan ist insoweit glänzend gelungen, als der Völkerbund sich entschlossen hat, von Amts wegen die Sanierung des bankrotten Staates in die Hand zu nehmen. Daß es sich hier um eine Pferdekur handelte, war von vornherein klar. Soziale Kurven pflegt man gewöhnlich nur ziemlich kräftigen Lebewesen zuzumuten oder solchen, die man durch eine kräftige Dosis um die Ecke bringen will. Die Dosierung entspricht vollkommen den kapitalistischen humanitären Grundsätzen. Man hat festgestellt, daß in Deutsch-Oesterreich eineinhalb Millionen Menschen mit einer Bevölkerung von im ganzen 6 Millionen zuviel sind. Bei diesem Maßstab muß jeder vierte Mann hingerichtet werden. Da dieses summarische Verfahren, weder für die Ausbeutung durch das Kapital am zweckmäßigsten ist, noch sich mit den moralischen Anschauungen vereinbaren läßt, so hält man es durchaus für das Beste, künftige 6 Millionen dem Hungertode auszuliefern. Es soll damit etwa nicht eine Propaganda für einen Massenmord befürwortet, sondern nur die Unzulänglichkeit des Kapitals gekennzeichnet werden, das trotz genügender Vorräte nicht in der Lage ist, die Existenz der Arbeiterschaft zu sichern. Man muß dabei bedenken, daß infolge der Kriegsverluste dessen zwei Jahre lang mit dem Generalstammtisch des Völkerbundes unumschränkt herrschen, in Wirklichkeit wird aber das Ententekapital allein diktieren. Um aber noch ein ganz klein wenig den Schein einer Beteiligung des Volkes zu schaffen, hat man ein ganz neues Gebilde, den sogenannten außerordentlichen Kabinettsrat geschaffen. Er besteht aus 26 auserlesenen Köpfen, die zu gleichen Teilen vom Parlament und dem Ministerium gestellt werden. Dieser hat den Weisen hat die Aufgabe, d. h. er kann, wenn das Ministerium sich Verdienste um die Sanierung erwerben will, sein Veto einlegen, den National- und Bundesrat zusammenrufen und auf diese Weise das Ministerium stürzen. Der außerordentliche Kabinettsrat soll ganz ehrenamtlich fungieren, da man durchaus sparen muß. Bei dem ganzen Sanierungsprogramm muß man bedenken, daß die österreichische Krankheit eine innere organische ist. Deutsch-Oesterreich hat trotzdem es keine Reparationslasten zu tragen hat, ein enormes Passivum in seiner Handelsbilanz, der Exodrust in seiner Lebensmittelfähigkeit, es ist daher eine Durchführung einer Sanierungsaktion noch bedeutend schwieriger wie dies in Deutschland der Fall wäre. Die deutsche Arbeiterschaft ist innerlich gesünder, weil ihr Passivum größtenteils auf die Reparationsforderungen zurückzuführen ist. Eine Ausstieg auf eine Sanierung besteht aus diesem Grunde überhaupt nicht, da die Sanierung kein rein finanzielles Problem ist. Einschränkungen in den Ausgaben können naturgemäß entsprechend wirken. Sparsamkeit allein ist kein produktiver Faktor. Produktiv kann nur eine organisatorische oder technische Umgestaltung der Wirtschaft wirken.

## Revolution oder Harlekinade?

**Arbeiter! Klassengenossen!**

Die Krise des Kapitalismus nimmt immer schärfere Formen an. Das Kapital kann sich nur halten, wenn es ihm gelingt, ungeheuren Mehrwert aus dem Proletariat herauszupressen, und „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten. „Mehr arbeiten und weniger essen!" unter diesem Losungswort hat jetzt das Industriekapital seinen Feldzug gegen die Arbeiterschaft begonnen. Die achtstündige Arbeitszeit soll beseitigt werden; auf Umwegen versucht man den 10-Stundentag einzuführen, um die Lebenslage des Proletariats noch mehr zu verschlechtern. Die BSPD. und die Gewerkschaften, stets bereit zu jeder Schurkerei, reichen auch hier dem Kapital die Hände zum Bunde. Zu feige, ihre Taten und ihre wahre Gesinnung offen zu vertreten, und aus Angst, ihre Mitglieder zu verlieren und die soeben mühselig zusammengekittete Einheitsfront „ohne Grundsätze" zu zerstören, wagen sie noch nicht ihre Maske zu lüften und ihre wahre Fratze dem Proletariat zu zeigen. Die direkte Durchführung des 10-Stundentages überlassen sie lieber ihren Freunden von rechts. Bei Durchführung der „Großen Koalition" im jetzigen Augenblick würden der BSPD. die Mitglieder scharenweise fortlaufen. Die BSPD. ist infolgedessen aus der Regierung ausgetreten und verharrt in regierungstreuer Opposition. Die große Koalition ohne BSPD. kann nur regieren mit Hilfe der BSPD.

Die gesteigerte Verelendung des Proletariats dürgt aber auch die Gefahr Rebellion der hungernden Massen in sich. Gestörte Ruhe und Ordnung bedeutet aber Störung des Profits. Beides muß unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Je tiefer der Verfall des Kapitalismus fortschreitet, um so mehr werden die Machthaber bemüht sein, ihre wankende Macht durch die Staatsgewalt zu halten, und dieses in immer brutalerer Form (Düsseldorf, Köln). Mit der Politik wechselt aber das Zuckerbrot ab. Wahre Klassenexistenz des Proletariats muß verhütet werden; das Proletariat muß mit Illusionen gefüttert werden. Wie schon oft, ist es auch hier wieder die KPD., die Schrittmacherdienste für das Kapital leistet. Der von ihr inszenierte „Reichsbetriebsrätekongreß" hat die Linie aufgezeigt. „Kontrollausschüsse gemeinsam mit der Schupo und Reichswehr", das wurde gefordert. Einheitsfront zwischen Hergt (Nationale Notbilfe) und Pieck. Offen wurde aufgefordert, eine Arbeiterregierung einzuberufen, die dann die Aufgabe habe, die Sachwerte zu erfassen, ohne das Eigentum dabei anzutasten. Das sind die praktischen Ergebnisse dieses Kongresses. Und das Proletariat ist um eine Illusion reicher. Nicht eine Aenderung des Systems, sondern der Personen. Nur ein Kampf um Ministersessel. Der erste Versuch, nicht nur in, Deutschland, sondern in ganz Europa", in Sachsen eine Arbeiterregierung zu bilden, ist zwar gescheitert. Große grundsätzliche Differenzen zwischen der BSPD. und der KPD. tragen aber gewiß nicht die Schuld daran.

Der Betriebsrätekongreß ist zu Ende gegangen. Mit leeren Händen, wie es nicht anders sein konnte, und mit vielen Resolutionen in der Tasche sind die betrübten Delegerten zu Hause angekommen. Die „unerlaubte Entfernung vom Betriebe" nahmen viele Kapitalisten zum Anlaß, und die Betriebsräte zu entlassen. Nicht, weil sie sie fürchteten, nicht, weil die Betriebsräte zu revolutionär waren, sondern weil sie eben einen Konflikt brauchten, weil sie die Arbeiterschaft provozieren wollten. Die Arbeiterschaft vieler Betriebe, wie z. B. in Ludwigshafen, sind daraufhin in den Solidaritätsstreik getreten. Ein Streik ohne Klassenkampfziel — der von vornherein verloren ist.

Der Betriebsrätekongreß hatte aber noch ein anderes praktisches Ergebnis: Er hat sich scharf gegen die Plünderungen gewandt. Diejenigen Proletarier, die nicht feige genug sind, mit leerem Magen vor vollen Schaufenstern zu stehen und vor überfüllten Lebensmittelladen zu verhungern, diejenigen, die, ehe sie verhungern, lieber die Schwerte durch die Tat erfassen, sollen in Acht und Bann getan werden. Generalstreik zur Durchdrückung der Forderungen wurde für Generalunsinn erklärt, Demonstrationen als einzige Kampfwaffe.

Alles in allem war es ein Kongreß, um Ruhm und Ordnung zu garantieren. Unruhestifter, Proletarier, die gegen die Gewerkschaften auftreten, die nicht verhungern wollen, gehören in die Gefängnisse. Und die „Führer" in die Ministersessel. Wehe dem Proletariat, wenn diese Kreaturen an die Macht kommen! Weich ein Zeichen für den geistigen Tiefstand des deutschen Proletariats ist es, daß es hinter diesen Rattenfängern hinterherläuft!

Es wird höchste Zeit, daß das Proletariat sich auf seine Kraft besinnt und das ganze Geschwätz beiseite schiebt um die Arme frei zu bekommen zur Bewältigung seiner Aufgaben, die noch riesengroß vor ihm liegen. Nicht Kontrolle der Produktion, sondern Uebernahme der Produktion; nicht Erfassung der Sachwerte durch die kapitalistische Schieberregierung, sondern Erfassung der Sachwerte durch Proletarierfäuste, Expropriation der Expropriateure. Nicht Arbeiterregierung, sondern Diktatur des Proletariats, nichts gesetzliche Betriebsräte, sondern revolutionäre Aktionsausschüsse. Diesen Kampf wird das Proletariat aber niemals führen können mit den alten Organisationen; aller Blunder, auf dem hinderlichen Gerüst schiefe gehörig. Ganz auf seine eigene Füße gestellt, muß es den Kampf führen, kämpfen mit seinen eigenen Organen, den revolutionären Aktionsausschüsse. Betriebsrätekongresse, Petitionen, Demonstrationen, Resolutionen und ähnliche Harlekinaden führen niemals zum Ziel, sie dienen nur dazu, das Klassenziel zu verschleiern, den Proletarier abzulenken. Es gilt den Kampf nicht nur gegen den offenen Feind, die Bourgeoisie, sondern auch gegen die Schildknappen der Bourgeoisie, ohne die sie schon längst zugrunde gegangen wäre, die politisch-parlamentarischen Parteien und die Gewerkschaften. Denn der heutzlerische, lügnerische Charakter dieser Organisationen ist noch gefährlicher als ein offener Feind. Der Tag zu Tag wird die Konstellation schaffen. Will das Proletariat nicht, daß es bei solchen Harlekinaden verreckt, muß es kämpfen. Harlekinade oder Revolution. Nach Hungern kommt Verhungerung; nach Oesterreich — Hungergebiet an der Wolga. Das sind die nächsten Etappen. Will das Proletariat nicht verhungern, muß es kämpfen, kämpfen und siegen.

**Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.**

In dieser Beziehung ist nichts vorgesehen. Im Gegenteil sieht das Wirtschaftsprogramm indirekt die Stillegung der gesamten Produktion vor. Die Mittel, welche noch zu einer Hebung der Produktion Verwendung finden könnten, werden durch den Steuerdruck aufgesogen, sofern sie nicht durch die ungeheure Kapitalflucht schon tatsächlich der Wirtschaft entzogen sind. Die Flucht aus der Krone ist für uns besonders offensichtlich. Das österreichische Kapital hat sich zu einem erheblichen Teil in die Mark geflüchtet und sucht jetzt infolge der Entwertung der Mark seine Bestände in deutsche Sachwerte umzusetzen. Die Ueberschwemmung des deutschen Grundstückmarkts durch das österreichische Kapital gehört jetzt schon zu den Sorgen des deutschen Kapitals. Man sucht schon Ausnahmegesetze zu schaffen. Die Wanderung des österreichischen Kapitals wird aber kaum in Deutschland Halt machen, sondern nach Frankreich weitergreifen. Das in Oesterreich verbleibende Kapital wird durch diese Abwanderung außerordentlich geschwächt und das Sanierungsprogramm, daß an und für sich schon auf schwachen Füßen steht, außerordentlich gefährdet.

Es ist allerdings richtig, daß die Krone ihren Sturz eingestellt hat und der Index sinkt. Die Folge aber ist, daß die Industrie, der Handel und Kleinhandel vollkommen stillstehen. Selbst die „Vossische Zeitung" sieht sich gezwungen, den Zustand dahin zu charakterisieren: „Inzwischen gesundet" — vielleicht — der Staat, stirbt der Untertan. Wird Oesterreich möglich, wird der Oesterreicher unmöglich. Von einer großzügigen Produktionspolitik ist nirgends die Rede. Großzügig ist man nur in den Anforderungen von Leistungen an die Arbeiter. Die Sozialdemokratie wollte die zur Gesundung erforderlichen Summen im Inlande aufnehmen. Sie wendete sich heftig gegen die Genfer Protokolle der vom österreichischen Kapital abgeschlossenen Knebelungsvertrag. Sie beschuldigten die Bourgeoisie des Hochverrats, der nationalen Würdelosigkeit, der Auslieferung an die Entente. Die Sozialdemokratie als Hüterin der nationalen Würde ist die trefflichste Errungenschaft des österreichischen Marxismus. Die nationale Würde hätte ein klares positives Programm der Selbsthilfe verlangt. Das Kapital hat sich aber bedauerlicherweise mit den guten Absichten der Sozialdemokratie nicht für solidarisch erklärt. Man verlangt vom Kapital ein freiwilliges Opfer, weil man nicht den Mut hat, mit Zwang zu arbeiten. Die berühmte Sachwerterfassung, das moderne Programm der opportunistischen Parteien, hat auch hier seinen völligen Bankerott erklären müssen. Da sämtliche opportunistische Mittel versagt haben, ist der klarste Beweis für die Notwendigkeit der proletarischen Revolution erbracht. Der Weg Oesterreichs muß dem deutschen Proletariat eine Lehre sein.

## „Krieg dem Kriege"

Vom 10.—15. Dezember findet im Haag ein „Weltfriedenskongreß" statt, zu dem der internationale Gewerkschaftsbund „alle pazifistischen Organisationen der Welt" eingeladen hat. Mit dem vom Bruderblut triefenden Dolch zwischen den Zähnen, geben sich alle jene blutbesudelten Henker dort ein Stelldichein, die von der Bourgeoisie mit gehobenen Staatsstellungen belohnt wurden, weil sie vier Jahre hindurch die Proletarier zum gegenseitigen Mord anpeitschten.

„Von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden neben Wels und Crispien Vertreter einzelner Bezirke nach dem Haag entsandt werden. Außerdem werden auch einige bekannte Gewerkschafter und Parteigenossen mit der gleichzeitigen Vertretung unserer Partei auf dem Kongreß betraut werden," meldet der „Vorwärts". Hätten sich die deutschen Proletarier nur ein Fünkchen Denkkraft bewahrt, diese eine heuchlerische Phrase allein schon müßte genügen, diesen Leuten ihr „pazifistisches" Handwerk für immer zu legen. Ausgerechnet Herr Wels und Herr Crispien werden im Haag das deutsche Proletariat repräsentieren. Unter den „bekannten Gewerkschaften und Parteigenossen" befinden sich sicher Herr Noske und Herr Kuttner. Fürwahr, eine würdigere „Vertretung" können die deutschen Proletarier mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen gar nicht auf eine Spritztour schicken. Herr Wels, der am 6. Januar 1919 als erster in Berlin in der Chausseestraße Schießübungen auf eine Kriegsbeschädigtendemonstration veranstalten ließ und Herr Crispien, dem die Noskiaden so imponierten, daß er sich den Proletarierschlächtern anschloß.

Wie gedankenlos man das deutsche Proletariat einschätzt, illustriert mit brutaler Ausverschämtheit ein Leitartikel im „Vorwärts" (Nr. 272) „Krieg dem Kriege". Man könnte glauben, daß sich das Regierungsblatt „Vorwärts" seiner revolutionären Tradition bewußt wird, wenn er erkennt,

„daß jeder Krieg nicht nur ein furchtbarer Zerstörer von Kultur und Leben, sondern vor allen Dingen auch die entsetzliche Geißel der Arbeiterklasse selbst ist. Denn wie immer ein Krieg ausgehen mag, ein Verlierer steht von vornherein fest: das Proletariat. Seine Söhne sind es, welche die Schlachtreihen füllen, sein Blut ist es, das dort in Schmerz und Weh zerrinnt, und seine Arbeit ist es, welche das in unseligem Wahn Zerstörte wieder aufbauen muß. So kann es für das Proletariat zum Kriege — und zwar zu jedem Kriege — nur eine Stellungnahme geben: seine erbittertste Bekämpfung. Hier gibt es keine Gemeinschaft mit den herrschenden Klassen, und hier gibt es keine Gebundenheit an einen Staat."

Im Vorwort zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich" schreibt Friedrich Engels 1895: „Was auch in anderen Ländern geschehen mag, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste kompakteste Masse, den entscheidenden „Gewalthaufen" der internationalen proletarischen Armee." Auf unzähligen nationalen und internationalen Kongressen, haben die führenden Beamten der deutschen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in diesem Sinne — geredet und geschrieben. Zahlreiche Resolutionen in diesem Sinne wurden bis 1914 auf allen Kongressen und Parteitagen angenommen. Bis in die letzten Tage des Juli 1914 vertrat die Partei- und Gewerkschaftspresse zäh und ausdauernd diese kriegsgegnerische Politik. Seit dem Mord von Serajewo bis in die ersten Augusttage 1914 blickte das internationale Proletariat auf die große deutsche Sozialdemokratie. Als aber der nationale Kapitalismus in Gefahr kam, Anfang August 1914, ging die gesamte Gewerkschaftsbürokratie mit fliegenden Fahnen zum Klassenfeind über, in ihrem Schlepptau die Sozialdemokratie als Partei. Auch die schändlichsten, zum Himmel stinkenden Verbrechen des industrieimperialistischen Militarismus wurden mitgemacht. Die Märchen von den französischen Fliegern über Nürnberg, von den Goldautos, von der Brunnenvergiftung wurden den Proletariern als heilige, hehre Wahrheit erläutert. Die grausamsten Verbrechen, die die menschgewordene Bestialität ersann, wurden gedeckt und finanziert. Es gab keine Gemeinheit, die überboten werden kann, welche die Gewerkschaften nicht mitmachten. Jeder wurde in den Schützengraben und ins Zuchthaus denunziert, der nur eine unwillige Miene zu den Verrat machte. Im Interesse des Kapitals wurden dem Militarismus die Gewerkschaftskassen ausgeliefert. Ein Werk der mit dem Kapital vereinigten Gewerkschaften war das Hindenburgprogamm, das die ganze Heimat in eine Waffenfabrik verwandelte, das Hilfsdienstgesetz, das jeden Mann in die Munitionsfabriken zwang, der „Volksbund für Freiheit und Vaterland", der durch seine verbrecherische Annektionspolitik den Krieg verlängerte und Millionen Proletariern das Leben kostete. Das ist die wahre Natur der Gewerkschaften, die an das Kapital gekettet, nicht anders handeln können als der Kapitalismus es gebietet. Damals wie heute. National wie international. Das erkannte der offizielle Parteitheoretiker der Sozialdemokratie sehr genau, als er am 27. November 1914 in der „Neuen Zeit" (Nr. 8) erklärte:

„Die Internationale spaltet die Sozialisten in verschiedene Lager und vorwiegend in verschiedene nationale Lager. Die Internationale ist unfähig, das zu verhindern. Das heißt, sie ist kein wirksames Werkzeug im Kriege, sie ist im wesentlichsten ein Friedensinstrument. Ihre große historische Aufgabe ist Kampf für den Frieden, Klassenkampf im Frieden."

Mit dem „Kampf für den Frieden" wurden die Proletarier eingelullt, die sich gegen den Krieg räusperten. Wie dieser „Kampf für den Frieden" aussah, wurde noch deutlicher, als nach drei Jahren Massenmord die russischen Proletarier den Zarismus zerschmetterten und dem Kapitalismus zu Leibe ging. Als in Petersburg auf dem Zarenschloß die rote Flagge gehißt wurde, an demselben Tage erschien im „Vorwärts" der berüchtigte Artikel, in dem die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sich mit der Monarchie aussöhnten. Wenn die Gewerkschaften sich heute gegen den Krieg erklären, so deshalb, weil es gilt die gehobene Position der Gewerkschaftsbürokratie im Interesse des Kapitals zu retten.

Das Theater im Haag ist eitler leerer Humbug, um das Proletariat irrezuführen. Die Gewerkschaften werden stets handeln, wie es im Interesse des Kapitals liegt. Der alle Gemeinheiten übersteigende Betrug der Gewerkschaften ist Klassenkrieg gegen das Proletariat als Klasse. Zehntausendweise verrecken heute die Proletarier an Unterernährung, weil der Klassenkrieg des Kapitals dies als Voraussetzung für sein Ziel nötig hat. Jede von den Gewerkschaften erkämpfte „Lohnerhöhung" ist eine Granate in den Körper der Arbeiterklasse, weil damit im Proletariat die Illusionen gefördert werden, die zum Leben des Kapitals nötig sind.

Die Kriege werden erst beseitigt, durch den Sturz des Kapitals als Ursache aller Kriege. Diese Ursache der Kriege, das Kapital zu erhalten, aber ist heute die einzige Lebensaufgabe der Gewerkschaften. Für das Proletariat gibt es kein „Krieg dem Kriege", sondern Krieg dem Kapital und seinen Zuhältern, den Gewerkschaften. Nur über den Kadaver der Gewerkschaften kann das Kapital gestürzt werden. Nur durch den Klassenkrieg des Proletariats gegen seine Ausbeuter und Henker wird der Krieg beseitigt.

# Rundschau

## Der Kampf in Ludwigshafen

Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat mit der Entlassung von Betriebsräten, die an dem Reichskongreß teilgenommen hatten, einen Abwehrkampf des Proletariats hervorgerufen. Am Dienstag nachmittag erklärte ein Schiedsgericht die Maßregelung für berechtigt. Die Entlassenen sollen zudem noch 12 000 Mark Gewerbegerichtskosten bezahlen. Die gemaßregelten Betriebsräte erstatteten am Dienstag abend in einer Funktionärsversammlung Bericht über die Vorgänge. Die Versammlung nahm die Mitteilungen unter dem Ausdruck stürmischen Protestes gegen die Provokation der Firma entgegen. Sofort nach der Maßregelung hatten sich 24 Betriebe für aktive Solidarität ausgesprochen. Das war die Antwort auf die Versuche der Gewerkschaftsbürokraten, einen Abwehrkampf der Arbeiter zu verhindern. In einem Flugblatt erklärten sie, in der Frage des Streiks hätten nur sie zu entscheiden. Gleichzeitig erklärten sie, „in der gegenwärtigen Lage" würden sie sich „entschieden gegen den Streik aussprechen". Auch der Angestelltenrat wollte ein Stillegen der Betriebe verhindern, aber er gab in einem gefaßten Beschluß ganz unumwunden zu, daß er die Entlassung der Betriebsratsmitglieder einstimmig mißbillige.

Das ist natürlich keine Kampfunterstützung und darum wurden in der Funktionärversammlung schwere Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsbürokraten erhoben. Einstimmig beschlossen die Funktionäre, die Belegschaften sämtlicher Betriebe in Ludwigshafen zu aktiver Solidarität aufzurufen. Die Kampfstimmung bei den Anilinarbeitern ist ungebrochen.

Nachdem das Unternehmertum den Kampf heraufbeschworen hat, melden nun die Arbeiter auch noch rückständige Forderungen an. Lohnaufbesserungen, die längst verlangt wurden, sollen nun durchgeführt werden. In der Frage der Notstandsarbeiten beschloß man, daß bei der Badischen lediglich ein Olumbetrieb besetzt bleiben solle, aber nur für den Fall, wenn die Arbeiten unter Kontrolle des Arbeiterrats vorgenommen werden und der Arbeiterrat selbständig über diese Arbeiten entscheidet.

Am Mittwoch unternahm das Unternehmertum einen zweiten Vorstoß mit der Maßregelung von Betriebsräten in Lamprecht. Hier antwortete die Arbeiterschaft mit der sofortigen Stillegung sämtlicher Betriebe. Heute wird nirgends mehr gearbeitet. Allein 16 Textilfabriken sind öde und verlassen.

Nach der allgemeinen Stimmung ist anzunehmen, daß sich der Streik noch weiter ausdehnt. Die Unternehmer, die so viel schwafeln über die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, geben hier ein ganz anschauliches Beispiel dafür, daß sie aus Herrengelüsten der Produktion ungeheuren Schaden zufügen. Die Arbeiter erkennen daraus, daß hinter all dem Geschrei von der Produktionssteigerung nichts anderes steckt als ein Versuch, der Arbeiterschaft eine verlängerte Fronzeit aufzuzwingen. Die Gewerkschaftsführer laden eine ungeheure Schuld auf sich, wenn sie bei diesem Kampf wiederum die Geschäfte des Kapitals besorgen. Die Folge würde eine ungeheure Schädigung der Gewerkschaften sein.

Dies ist natürlich eine der üblichen Tiraden aus der gelbschwarzroten Lügenfahne und ist nachzulesen in der Freitag-Morgennummer. Was machen nun die Betriebsräte, die in voriger Woche in Berlin versammelt waren, hinter denen „fast alle Arbeiter stehen" sollen? Was macht die KPD., die sich „voll und ganz hinter die Betriebsräte" stellte? Auch diese Antwort gibt die „Fahne": „Es ist nun Sache der gesamten Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsführer zu zwingen, den der Belegschaft aufgezwungenen Kampf rückhaltlos zu unterstützen." Also: Die Gewerkschaftsführer sind gegen den Abwehrkampf; über Streik haben nur die zu entscheiden; in diesem Falle sind sie gegen den Streik. Diesen Gewerkschaftsführern überantwortet die KPD. die Proletarier. „Und mögen die Schandtaten der Gewerkschaftsbürokratie noch so empörend sein, das darf keinen Proletarier veranlassen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren," heißt es in der Resolution, welche die KPD.-Zentrale die Betriebsräte auf dem Kongreß annehmen ließ.

Man ist versucht zu fragen: wer ist nun konterrevolutionärer, das Kapital, die Gewerkschaften oder die KPD. Sie ziehen natürlich alle an einem Strang. Die KPD. treibt die Proletarier den Gewerkschaften zu und diese schlagen zusammen mit dem Kapital die Proletarier nieder. Für dieses Geschäft bekommt die KPD. monatlich einige Dutzend Millionen Mark vom russischen Großkapital. Betrachtet man die politische Seite dieses Henkergeschäfts, so entpuppt sich die KPD. als der gefährlichere Kumpan. Viele Proletarier glauben an die Phrasen der KPD. und lassen sich dadurch für die Konterrevolution mißbrauchen. Diejenigen Proletarier, die den kapitalschützenden und konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften erkannt haben, sich durch die politischen Hochstapler der KPD. aber trotzdem hineintreiben lassen, sind bewußte Konterrevolutionäre, weil sie auf dem Rücken ihrer Klassengenossen einen parasitären Gewerkschaftsposten zu ergattern hoffen. Die anderen aber sind zum mindesten ziemlich schwachsinnig.

Die Proletarier in Ludwigshafen sind natürlich schon verloren. Sie haben so viel Gewerkschaftsdisziplin im Leibe, daß sie dem Kapital in demselben Augenblick die Notstandsarbeiten verrichten, indem sie wie ein Hund gezüchtigt werden. Zur „Kontrolle" bestimmen sie denselben Arbeiterrat, der zusammen mit dem Kapital und den Gewerkschaften für die Niederschlagung der Proletarier sind. Das Ludwigshafener Proletariat steht auch deshalb auf verlorenem Posten, weil es selbst wie die Arbeiterschaft insgesamt sich freiwillig in den Gewerkschaften fesselte und sich die eigenen Sklaventreiber züchtete.

Daß man gerade die Betriebsräte maßregelte, ist höchst nebensächlich. So ein gesetzlicher Sklaventreiber wäre nicht eine Minute Streik wert. Das Kapital hat sich diese ausgesucht, um die Probe aufs Exempel zu machen, ob das Proletariat insgesamt darauf reagiert. Das Kapital hat seine eigenen Büttel gemaßregelt, um festzustellen, wie weit das Proletariat die Parolen der KPD. respektiert und sich hinter die Gewerkschaften stellt. Jeder andere Anlaß wäre ihm eben so willkommen gewesen, dem Proletariat zur Ader zu lassen. Es heißt für das Kapital Mittel ausfindig zu machen, das Proletariat zu zermürben und widerstandsunfähig machen, um es in das Wiederaufbaujoch zu zwängen. Gewerkschaften und KPD. leisten ihm dabei willig und bewußt Hilfe. Dieser Versuch wird nicht vereinzelt bleiben. Andere werden folgen. Ein Proletariat, daß sich so leichtfertig in die Maschen gerissener Schieber und Revolutionsgeschäftsleute begibt, wird noch viele und blutige Niederlagen erleiden, ehe es sich seiner Menschenwürde bewußt wird und seine Schlüsse daraus zieht.

Soll die Niederlage — die die pfälzischen Proletarier sicher trifft — nicht vergebens gewesen sein, so müssen sie die Konsequenzen daraus ziehen. Keinen Pfennig mehr den Gewerkschaften. An den Schandpfahl mit jenen bestochenen Kreaturen, die im Auftrage und im Solde des russischen Kapital die Proletarier in die Gewerkschaften treiben, um den Kapitalismus aufzubauen. Zertrümmerung der Gewerkschaften, Zusammenschluß in den Betrieben muß die Lehre sein, welche die Proletarier aus diesem Kampfe ziehen.

### Ausdehnung des Kampfes

Ludwigshafen, 1. Dezember.

Der Arbeiterrat der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat der Direktion, um zukünftig größere Produktionsstörungen und erheblichen Materialverlust zu vermeiden, das Angebot gemacht, für die Notstandsarbeiten 300 Mann bereitzustellen, die unter Kontrolle des Arbeiterrates die notwendigen Arbeiten auszuführen haben. Die Herrscher im Reiche der Chemie haben dieses Angebot abgelehnt und den gesamten Arbeiterrat entlassen. Die Notstandsarbeiten werden von Angestellten und Hilfsmeistern des Betriebes gemacht.

An dieser „Maßregelung" wird die Provokation des Kapitals grell beleuchtet. Der sog. Arbeiterrat bietet den Kapitalisten 300 Streikbrecher an und wird dafür entlassen. Die Herren Anilinmagnaten sind natürlich nicht dumm genug, ihre eigenen Helfer zu maßregeln. Durch die Gewerkschaften den Rücken gesteift, wirft man den Arbeiterrat hinaus in der richtigen Voraussetzung, daß sich die Proletarier hinter ihn stellen. Dadurch wird versucht, dem Arbeiterrat die Streikleitung in die Hand zu spielen. Dann hat das Kapital erreicht, was es wünscht und der Verrat ist sicher. Gleichzeitig will man den Proletariern damit beweisen, daß die gesetzlichen Betriebsräte Arbeitervertreter seien.

Daß hier Kapital, Gewerkschaften und KPD. in innigster Gemeinschaft handeln, geht daraus hervor, daß die KPD. nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die interalliierte Rheinlandkommission angerufen hat. Diese deshalb, um nicht die „Ruhe und Ordnung" zu stören; die Gewerkschaften, damit sie die Proletarier einseifen und verraten. Damit wäre die KPD. die Verantwortung los. Abgesehen von den irrsinnigen Scheinparolen der KPD. steht die ganze Bourgeoisie mit ihren Werkzeugen, vom Senegalneger bis zu den Gewerkschaften, gegen die streikenden Proletarier. Der „Vorwärts" (Nr. 567) erklärt kategorisch, daß die Gewerkschaften mit diesem Streik „nichts zu tun haben". Der Streik sei „wild" und „verfehlt", obwohl er anerkennt, daß die ersten Maßregelungen „unberechtigt und verkehrt" seien. Nach Meinung des „Vorwärts" wären die Forderungen der Streikenden nicht erfüllbar.

Der Streik dehnt sich weiter aus. Er ist nicht nur nach anderen Orten der Pfalz, sondern auch über den Rhein nach dem Badischen übergesprungen. Bauarbeiter, Heizer und Maschinisten und andere Berufe haben sich solidarisch erklärt. Die Elektrizitätsarbeiter des Murgwerkes und des Werkes Rheinau liefern nach der Pfalz keinen Strom. Dagegen liefern sie ihn im Badischen. Mit dieser gewerkschaftlichen Nadelstichpolitik ist den pfälzischen Proletariern nicht gedient. Die anderen Proletarier sehen ihre „Interessen" nicht gefährdet, und lassen die streikenden Klassengenossen langsam verbluten. Ein andermal kommen sie selbst dran. Das ist Gewerkschaftstaktik, die Proletarier lokal verbluten zu lassen, um sie für das Kapital ungefährlich zu machen. Die Schwere der Niederlage — man wird noch viele Proletarier maßregeln — ließe sich nur abschwächen, wenn das Proletariat auf breitester Grundlage in den Solidaritätskampf träte. Erst wenn das Proletariat sich lossagt von allen bürgerlichen Illusionen, von den Gewerkschaften, gesetzlichen Betriebsräten und ihren Einpeitschern und betriebsweise zur Klassenfront organisiert, bewußt den Kampf um die politische Macht aufnimmt, kann es siegen.

### Beinahe Arbeiterregierung in Sachsen

Die „Rote Fahne" (Morgenausgabe vom 2. Dezember) bestätigt sich nochmals, daß „der Vorstoß der bürgerlichen Parteien in Sachsen mit einer vollständigen Niederlage der Bourgeoisie und einem vollen Sieg der Arbeiterschaft geendet" habe. Zur Wahl des Präsidiums sagt sie dann wörtlich:

Bei der folgenden Abstimmung wird Winkler (VSPD.) auch mit den Stimmen der Kommunisten zum ersten Präsidenten gewählt. Gemäß dem Antrag Böttcher hatten die Kommunisten den Genossen Lieberasch zum zweiten Vorsitzenden vorgeschlagen. Er hielt aber nur 12 Stimmen, außerdem wurden 3 weiße Stimmzettel abgegeben. Dagegen erhielt Finger (Deutsche Volkspartei) über 70 Stimmen gewählt, während der Genosse Lieberasch dreizehn Stimmen erhielt und 3 weiße Stimmzettel abgegeben wurden. Dieses Wahlergebnis zeigt, daß nur drei Sozialdemokraten bei der ersten Abstimmung, vier Sozialdemokraten bei der zweiten Abstimmung für den Kandidaten der Kommunistischen Fraktion gestimmt haben, während drei weder den Mut fanden, für den Kommunisten noch für einen Bürgerlichen zu stimmen, die übrigen 84 sozialdemokratischen Abgeordneten aber ein Mitglied der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen dem kommunistischen Kandidaten vorzogen.

Zum ersten Schriftführer wurde der Genosse Lieberasch durch Zuruf, zum zweiten Mucker (VSPD.), ebenfalls durch Zuruf, gewählt. Der zum Schriftführerstellvertreter vorgeschlagene Genosse Schneller erhielt 20 Stimmen, so daß also 11 Sozialdemokraten für ihn gestimmt haben; er wurde nicht gewählt.

Nicht viel hätte gefehlt und die „Kommunisten" hätten Gelegenheit gehabt, in einer Arbeiterregierung die sozialdemokratischen Minister und Großkapitalisten zu „revolutionieren". Immerhin sitzt eine Zelle im Präsidium. Bei den nächsten Wahlen in vier Jahren wird der „volle Erfolg der Arbeiterschaft" sicher noch ein Mandat größer sein, wenn das Proletariat bis dahin diese Postenjäger noch nicht erkannt haben sollte.

### Ehrhardt verhaftet

(WTB.) München, 1. Dezember.

Korvettenkapitän Ehrhardt wurde gestern in München verhaftet und auf Anordnung des Reichsgerichts noch am selben Abend um 7.30 Uhr nach Leipzig transportiert. Gegen Ehrhardt war bekanntlich wegen Teilnahme am Kapp-Putsch ein Haftbefehl erlassen. Ehrhardt befand sich seit einigen Tagen in München, wo sich auch ebenso ein Reichsgerichtsrat befand, um Erhebungen anzustellen.

*

Die Verhaftung Ehrhardts ist nach den VPN. auf die letzten Presseäußerungen über Putschvorbereitungen in Bayern zurückzuführen. Man wird in Leipzig den Ehrhardt sicher „verurteilen" und dann wird er denselben Weg gehen wie die Marloh, Vogel und das andere Mordgesindel. Die „Verurteilung" aber ist nötig, um den Proleten zu zeigen: „Seht, wie gerecht es in der demokratischen Republik zugeht."

### Eine Riesenverschwörung in Dublin

(WTB.) London, 1. Dezember.

Aus Dublin wird berichtet, daß durch die Erbeutung von Schriftstücken eine Verschwörung aufgedeckt wurde, die die Beseitigung von 80 Parlamentsmitgliedern des Freistaates bezweckt. Es handelt sich um Anhänger der vorläufigen Regierung. Die Suche nach de Valera wird fortgesetzt.

Die „Untertanen" rücken dem englischen Imperium hart auf den Leib. Kaum ist der Brand im Orient unter Frankreichs Schutz etwas eingedämmt, geht es in Irland wieder los.

# Betriebs-Organisation

**Allgem. Arbeiter-Union, revolutionäre Betriebs-Organisation**

Das ist die Organisation des klassenbewußten Teils des Proletariats. In derselben wohnen zukunftweisender Wille, gedrängte Klarheit, menschschöpfende, formvollendete Geschlossenheit. Und das will viel heißen. Heute, wo der Kampf um ein Stück Brot jede andere Parole als nichtssagend achtlos beiseite schiebt. Wo der Genosse nichts gilt, weil er nichts zu geben hat, als harte Arbeit und schweren, nervenzerrüttenden Kampf. Heute, wo die Freude aus den Arbeiterhütten flieht, weil das krampfhafte Gespenst der Sorge ihre Opfer umschleicht. Und die Kapitalistensklaven wie die Hyänen auf dem Schlachtfelde, ohne moralische Bedenken, von dem noch zuckenden Körper des schon allmählich verreckenden Proletariers leben.

Die wenigen Aufrechten. Im Urgetriebe des Lebens wirkend, miteinander, untereinander, immer vorwärtsstrebend. Durch Höllen des Profits zusammengeschweißt zu trotzender Einheit. Keine der Gemeinschaft, suchend, tastend noch und doch schon merklich fühlbar. Da geht ein neues, unbekanntes, kaum geahntes Wissen durch die Reihen von opfervoller Weltenwende und organischer Verbundenheit. Empörergluten lodern inmitten, aufpeitschend. Tat wird lebendig und Begeisterung, gepaart mit Wissen um die Erdenschwere des heutigen Daseins führen gemeinschaftlich brandende, Traditionen überrennende Scharen. Ob's glückt oder nicht. Schon das Wollen ist Erlösung, die Stärke quillt im Ringen. Rasten und Zufriedenheit ist Tod. Und doppelt furchtbarer und verantwortungsvoller um deswillen, weil diese Schwäche weniger Gift ist von grauenhafter Wirkung, eine Seuche, die das warme, lebensvolle Blut langsam im Staub versickern läßt. Ausgedörrte Kerkermauern, an deren Wänden der Hunger zerbirst, wie klirrend Glas, bergen der Besten viele. Ihr Beispiel ist Signal für Kommende, Schreitende. Ihr Leiden Ansporn zu beispielloser Aufopferung. Ihr Los ist schwer, tragisch. Man versucht sie zu zermürben in den Folterkammern des Jahrhunderts der wahrhaften Kultur mit Niedrigkeiten perverser Knechte. Doch gehören sie nicht zu den Vergessenen. So ist es. Die Generation, die einmal in tatvollem Handeln erkannt hat, was Revolution ist, wird ihnen viel zu danken haben. —

Es gibt in der Arbeiterbewegung eine Sorte Menschen, die Wert darauf legen, zu den Aufgeweckten gezählt zu werden. Ihre Zahl ist so groß wie der Sand am Meer und wächst zusehends. Sie wissen nichts, sie glauben nur. Für sie ist der Sozialismus Religion, Ethik, Philosophie oder sonst irgend etwas, das sich mit einem Fremdwort ausdrücken läßt. Sie glauben ihren Führern aufs Wort und damit die Befreiung der Arbeiterklasse recht bald voranschreitet, knobeln sie allerlei ganz nette Methoden aus, wie man noch möglichst viele Genossen als Führer anstellen kann. Das alles war ein gewisser Luxus, den sich das Proletariat während der aufsteigenden Periode des Kapitalismus leisten konnte, ohne dabei zu verrecken. Jetzt aber ist diese Gleichgültigkeit bewußter Verrat mit dem diese Führer in ihrem eigenen Interesse schachern gehen. Die einwandfrei formulierte Erklärung der Ohnmacht. Aber sie wollen nichts wissen davon. Man kann mit ihnen über viele Dinge reden, nur der Gedanke des Klassenkampfes wirkt sofort verwirrend. Das ist kein Scherz. Seht sie euch an in den Betrieben. Gehetzt, hungernd, müd, ausweglos, von einer Illusion in die andere fallend, hoffen sie je nachdem auf die nächste Lohnerhöhung oder auf die Stabilisierung der Mark. Oder sonst etwas. Aber die verfluchten proletarischen Vorkämpfer, die sie aufscheuchen wollen aus ihrem geruhsamen Leidensweg, die haben sie gefressen. Ja. Und dennoch, die Genossen von der BO., sie wecken, zäh, mit stiller Energie. Aufklärend, diskutierend, aufpeitschend, anfeuernd, rastlos. Immer. Ihnen kann niemand entrinnen, ihre Logik für das gesamte Proletariat. Klassenkampf die Losung. Gegen den entnervenden Kapitalismus und alle seine Helfershelfer, gegen die Sozialdemokraten, gegen die verwirrenden Moskauer Kommunisten und vor allem gegen die famosen Gewerkschaften.

Die fast restlos durchgeführte Zwangsorganisierung der gesamten Arbeiterklasse innerhalb der Gewerkschaften bringt es naturgemäß mit sich, daß den Führern derselben der Kamm mächtig geschwollen ist. Sie haben ihre historische Aufgabe begriffen, in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus das Sinken der Profitrate durch Abzug vom Reallohn des Arbeiters auszugleichen und handeln danach. Folgerichtig. Dagegen hat die Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrzahl ihre historische Aufgabe, die kapitalistische Profitwirtschaft auf ihrem Höhepunkt in die kommunistische Bedarfswirtschaft zu überführen, nicht begriffen. Und ihre Führer tun selbstverständlich auch ihr möglichstes, um sie in ihrer Dummheit zu erhalten. Die Massen merken aber doch, daß irgend etwas vorgeht, das mit den Versprechungen, die man ihnen von oben her gemacht hat, nicht in Ordnung geht. Ihr Magen knurrt. Und sie knurren mit ihm um die Wette. Und die ganzen Schlauen verlangen, daß diese Führer zum Teufel gejagt und durch andere ersetzt werden. Als ob die anderen, selbst den besten Willen vorausgesetzt, an dem Gang der Dinge irgend etwas ändern können, wenn das alte, morsche System aufrechterhalten werden soll. Hier gipfelt das Grundübel. Revolutionierung der Gewerkschaften ist ein ödes Schlagwort, das nur ausgeht von den Postenjägern der anderen Richtung. Auch sie werden zu Gehilfen der Ausbeuter degradiert. Das ist so einfach, liegt auf der Hand. Aber man muß sich klar sein darüber. Und Mut haben zur Konsequenz, zur Ueberwindung. Dann geht es schon.

An diesem Punkt setzt die Betriebs-Organisation ein. Geboren aus der Ueberzeugung heraus, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse innerhalb der Gewerkschaften ungeheuren Hemmungen ausgesetzt ist, ja zur Unmöglichkeit wird, ist sie gewissermaßen der Sturmbock gegen die Gewerkschaften, den stärksten Stützpunkt der sterbenden Bourgeoisie. Vorposten im Klassenkampf. Stets verfolgt von einer riesigen Meute staatserhaltender Organe. Umkläfft, begeifert, unterdrückt und doch stets regsam. Trotz alledem. Wohl dem Betrieb, wo die BO. ihren Einzug hält. Modernde Kirchhofsruhe weicht ernster Diskussion. Duckmäuser verschwinden in weite Ecken. Schon längst todgeglaubte Gedankengänge von kommender, befreiender Revolution erwachen zu neuem, frischem Leben. Tagesfragen werden auf ihre Notwendigkeiten eingehend geprüft. Proletarische Regungen unterstützt. Methoden der Gewerkschaften gebrandmarkt. Wege aufgezeigt. Wille zum Trotzen geweckt. Der Proletarier fühlt das einende Band der Ausgebeuteten. Auflehnung reckt sich steil empor. Lied der Arbeit wird Kampfgesang, der in dröhnenden Akkorden voranschwebt. Unternehmerterror sichere Prüfung wachsender Solidarität. Kurz und gut: die Betriebe, wo die BO. zu Hause ist, unterscheiden sich von den anderen in vorteilhafter Weise dadurch, daß die allgemeine Müdigkeit und Stumpfheit einer gewissen Regsamkeit weicht. Wenn auch nicht gleich Betriebsangehörige Mitglieder der BO. und überzeugte Anhänger des Klassenkampfes werden, so ist doch für jeden einzelnen unverkennbar, daß hier die Kräfte der Revolution am werken sind. Und das ist schon ein bedeutender Fortschritt. Das ist in erster Linie dem konzentrierten Wollen und dem aufrechten Bekennertum aller Mitglieder zu verdanken. Niemand ohne Funktion, das ist der Leitgedanke. Keine Herde, die willenlos und gedankenlos dahintrottet, sondern eine Kämpferschar, die mannhaft eintritt für ihre Ueberzeugung. Trotz aller Schikanen, trotz Brotlosmachung und Entrechtung. Oder ist es etwa anders?

Die Betriebsorganisation als die Urzelle der kommenden Revolution und Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse muß, um ihren vielseitigen Aufgaben in jeder Weise gerecht werden zu können, naturgemäß auch in steter Wechselbeziehung zur proletarischen Partei stehen. Das ist notwendig. Vor allen Dingen um deswillen, weil sich in der proletarischen Partei — Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands — die Klärung und Durcharbeitung aller auftauchenden politischen Fragen vollzieht. Und weil dieselbe der Sammelpunkt aller bewußten Revolutionäre ist. Wirtschaftliche und politische Fragen können in dieser geschichtlichen Epoche nicht mehr getrennt werden. In der Praxis wird es ja so aussehen, daß die Mitglieder der BO. auch gleichzeitig Mitglieder der Partei sind oder bei reifender Erkenntnis werden. Und das ist gut so. Getrennt marschieren und vereint schlagen. Für die BO. erwächst aber daraus die Notwendigkeit, auch jederzeit für die proletarische Partei einzutreten. Und zwar in noch weit stärkerem Maße als das bisher geschehen ist. Vor allem aber für deren Presse. Nichts kann dem Weckruf zur Erkenntnis der Klassenlage förderlicher und dienlicher sein, als eine Zeitung, die wie diese, ganz dem Gedanken der Revolution geweiht ist. Die keinerlei Konzessionen macht. Sei es, wo es sei. Sie gehört zu den Waffen, die im Befreiungskampf des Proletariats unweigerlich mit an erster Stelle steht. Das darf nicht vergessen werden. Sie ist ihren schwierigen Aufgaben bisher stets gerecht geworden. In jeder Situation. Immer war s i e zur Stelle, ob legal oder illegal. Das ist eine achtunggebietende revolutionäre Tugend, um derentwillen man sie hochhalten und für sie werben muß. Die Presse ist der konzentrierte Willensausdruck der Partei und damit auch des revolutionären Proletariats.

Die Mitglieder der Betriebsorganisation sollen sein wie die proletarische Presse. Stets werbend, unverzagt. Komme was mag. Jederzeit eintreten mit der ganzen Persönlichkeit. Nimmer zurückweichen, alle Gelegenheiten ausnutzen. Die Betriebsangehörigen durchdringen mit dem Geist der Rebellion. Wo ein BO.-Mann ist, da müssen auch kommunistische Arbeiter-Zeitungen umgesetzt und Betriebsversammlungen mit eigenen Referenten abgehalten werden. Scheues Untertauchen im Betrieb, so daß kein Mensch weiß und merkt, daß Kräfte der Revolution am Werke sind, ist Fahnenflucht. Das ist der erste Schritt zum offenen Verrat. Ehrlich bekennen, mutig kämpfen, trotzend leiden. So und nicht anders.

## Die Parabel vom Wassertank

### Eine Fabel

Wiedererzählt von Cissie Belshaw Abbott.

Es war einmal ein sehr dürres, sehr dürres Land. Das Volk hatte kein Wasser und ging Tag für Tag ins Land hinaus, um Wasser zu suchen. Viele starben, weil sie keine Quellen finden konnten. Aber einige unter ihnen waren geschickter und fanden das Wasser, an dem die anderen achtlos vorübergegangen waren. Und sie sammelten all ihr Wasser an einem Ort. Diese Leute hießen „Kapitalisten" und der Ort, an dem sie das Wasser sammelten, hieß „der Tank".

Als das andere Volk von dem Wasser im Tank hörte, kam es zu den Kapitalisten und sagte:

„Bitte gebt uns auch von eurem Wasser, denn wir sterben vor Durst."

Aber die Kapitalisten antworteten: „Laßt uns in Ruhe, ihr dummen Leute. Warum sollen wir euch von dem Wasser geben, das wir gefunden haben? Aber . . . wenn ihr unsere Diener sein wollt, dann werden wir euch Wasser geben."

Das Volk antwortete gleich: „Gebt uns nur Wasser, dann wollen wir und unsere Kinder euch dienstbar sein."

Da teilten die Kapitalisten das Volk in verschiedenen Gruppen ein; einige wurden ausgeschickt Wasser zu tragen. Andere wurden beauftragt, neue Quellen zu suchen; wieder andere mußten dafür sorgen, daß jeder seine Arbeit gut verrichte. Dann sagten die Kapitalisten:

„Hört unseren Plan: Für jeden Eimer Wasser, den ihr in den Tank bringt, werden wir euch einen Pfennig geben, aber für jeden Eimer Wasser, den wir euch als Getränk aus unserem Tank geben, müßt ihr uns zwei Pfennig zahlen, und der Ueberschuß wird unser Profit sein."

In kurzer Zeit floß der Tank über, denn für jeden Eimer Wasser, den die Arbeiter hineingossen, erhielten sie nur Geld für einen halben Eimer Trinkwasser.

Als nun eines Morgens das Volk zur Arbeit ging, sagten die Kapitalisten: „Setzt euch nieder und ruht aus. Seht ihr denn nicht, daß der Tank überläuft? Solange das Wasser in dem Tank nicht verbraucht ist, dürft ihr keinen Eimer Wasser mehr herbeitragen."

So hörte das Volk auf zu arbeiten; aber als sie kein Wasser mehr in den Tank brachten, gaben ihnen die Kapitalisten keinen Lohn mehr, und da sie keinen Lohn mehr erhielten, konnten sie sich kein Trinkwasser mehr kaufen. Da begann der Durst wieder das Volk zu quälen; aber jetzt konnten sie nicht mehr ins Land hinausgehen und Wasser suchen, denn die Kapitalisten hatten jede Quelle und jeden Brunnen im Lande in Besitz genommen.

Und das Volk wurde immer durstiger und elender.

Aber auch die Kapitalisten waren in einer traurigen Lage, denn da keiner mehr Wasser kaufte, konnten sie auch keine Profite mehr machen. Und sie ließen einige weise alte Männer mit langen weißen Bärten zu sich kommen, die sich Wahrsager nannten und sagten zu ihnen:

„Sagt uns, wie man in dieser Lage Abhilfe schaffen kann. Wie kommt es, daß wir keine Profite mehr machen? Warum kauft das Volk kein Wasser mehr?"

Die Wahrsager hatten an verschiedenen Dingen etwas auszusetzen. Einige meinten: „Es kommt, weil zuviel Wasser da ist." Andere sagten: „Nein, es kommt von den Flecken in der Sonne."

Während die Wahrsager redeten, schliefen die Kapitalisten sanft ein. Als sie wieder erwacht waren, sagten sie: „O, wie wohl ihr uns getan habt mit eurem Geplauder; geht nun und sprecht ebenso zu dem Volke, daß es vielleicht wiederkommt und Wasser kauft."

Und die Wahrsager gingen hinaus zum Volke und sagten: „Seht, dies Elend ist über euch gekommen, weil Flecken in der Sonne sind. Es ist nicht genug Wasser da, weil es zu viel gibt und ihr könnt kein Wasser haben, weil der Tank zu voll ist."

Aber das Volk wollte diesen Unsinn nicht anhören. Sie warfen die Wahrsager mit Steinen und jagten sie hinweg. Dann stürzte sich das ganze Volk auf den Tank, um sich selbst Wasser zu nehmen.

Doch die Kapitalisten waren schlau. Sie gingen zu den stärksten und größten Männern im Volke und sagten zu ihnen:

„Ihr und eure Familie sollt soviel Wasser haben, wie ihr wollt, wenn ihr den Tank mit euren Schwertern vor dem Volke schützt."

Nur ungern waren diese Männer bereit, dem Wunsche der Kapitalisten nachzukommen, aber sie hatten keinen Ausweg, denn sie starben fast vor Durst. So nahmen sie denn ihre Schwerter und vertrieben das Volk vom Wassertank.

Da starben viele vor Durst und Schwäche.

Schließlich gelang es den Kapitalisten, für das überflüssige Wasser Verwendung zu finden. Sie bauten Schwimmbäder für ihre Frauen und Kinder. Sie schufen hübsche Springbrunnen in ihren Gärten und gruben kleine Teiche, auf denen ihre Kinder Boote schwimmen ließen.

Und als das Wasser im Tank wieder niedrig stand, holten sie das Volk zur Arbeit zurück.

In kurzer Zeit floß der Tank wieder über, und wieder mußte das Volk seine Arbeit niederlegen, wieder erhielten sie keinen Lohn mehr und mußten dursten, bis die Kapitalisten das Wasser aufgebraucht hatten. Nach wochenlangem Elend konnte das Volk dann wieder mit seiner Arbeit beginnen.

Als sich dieser Vorgang verschiedene Male wiederholte, gab es einige Leute, die der Ansicht waren, daß es hohe Zeit sei, diesen Zustand zu ändern. Erst dachten sie es nur heimlich bei sich, dann aber begannen sie, mit den andern davon zu sprechen. Zunächst kümmerte sich das Volk nicht viel um die Reden dieser Leute und nannte sie Agitatoren. Aber die Agitatoren redeten weiter, und schließlich begannen einige Leute, ihnen zu lauschen. Mehr und mehr Volk hörte ihnen zu. Die Agitatoren sagten: Ihr könnt ohne diese Kapitalisten auskommen. Ihr braucht niemals durstig zu sein; ihr könnt den Tank in euren eigenen Besitz nehmen."

Aber das Volk war schwach und elend und sagte nur: „Wenn ihr uns sagen könnt, wie wir dies vollbringen können, dann wollen wir euch anhören, aber wenn ihr nicht wißt, wie wir unserem Elend ein Ende setzen und uns ein glückliches Leben schaffen können, dann hört auf zu reden."

Und die Agitatoren sagten:

„Wir wissen einen Weg. Seht, es sind die Kapitalisten, die euer Leben elend machen. Warum habt ihr diese Kapitalisten überhaupt? Was tun sie für euch? Sie fesseln euch und lassen euch dann für euch arbeiten. Sie geben euch einen Pfennig für jeden Eimer Wasser, den ihr ihnen bringt. Dann verlangen sie zwei Pfennig von euch für das Wasser, daß ihr ihnen selbst hingetragen habt."

„Wir werden euch sagen, was ihr tun sollt. Wählt aus euren Reihen euch Leute, die euch in Gruppen einteilen. Sie werden keine Profite machen wie die Kapitalisten. Sie werden nicht mehr Wasser bekommen, wie ihr, denn sie können ja auch nicht mehr trinken. Und wenn dann der Tank überläuft, so könnt ihr das Wasser benutzen, um für eure Frauen und eure Kinder Schwimmbäder und Springbrunnen zu bauen."

Und das Volk sagte zueinander:

„Es scheint ein guter Vorschlag zu sein. Aber die Kapitalisten haben unsere stärksten Leute auf ihrer Seite."

Da erwiderten die Agitatoren:

„Seid ihr nicht viel zahlreicher als die Kapitalisten?"

Da rief das Volk mit lauter Stimme: „Sie haben recht! Wir werden tun, was ihr uns sagt."

Die Kapitalisten, die Wahrsager und die starken Männer, die den Tank schützten, zitterten, als sie diesen Schrei vernahmen und sagten: „Das ist unser Ende."

So kam es auch. Das ganze Volk in einer einzigen großen Schar stürzte sich auf den Tank und rief: „Er gehört uns!"

So nahm das Volk diesen profitgierigen Kapitalisten, die auf seine Kosten gelebt und es so elend gemacht hatten, ihre Macht.

Als die Kapitalisten besiegt waren, gab es bald kein Elend und keinen Durst mehr im Lande. Jedermann hatte genug Wasser. Gesunde Erwachsene schöpften Wasser aus klaren Quellen, und in sprudelnden Springbrunnen spielten lachende Kinder.

## Der Führer und die Massen

Von Henriette Roland-Holst.

Den bürgerlichen Sozialpsychologen zufolge sind in der Masse stets grausame und verbrecherische Tendenzen vorherrschend. Die sittlichen Kräfte ebenso wie die geistigen Fähigkeiten sinken bei dem Menschen zurück, sobald er sich mit den anderen zusammentut, um eine Gemeinschaft zu bilden. Die gemeine Aufregung, die sich unter diesen Umständen seiner bemächtigt, betäubt sein Gewissen und seine Urteilskraft und lasse ihn Handlungen begehen, vor denen er bei klarem Verstand entsetzt sei. Im allgemeinen seien es die Verbrecher, die bei den Volksbewegungen und Aufständen die Hauptrolle spielen; sie bestimmen die Richtung und reißen die „Guten" mit sich fort. Die „Guten" sind diejenigen, die noch dem instinktiven Sozialpsychologen Gisbeke „zur Ruhe auffordern". Diese letzteren seien stets in der Minorität und hätten außerdem noch mit der Tatsache zu rechnen, daß die Eigenschaft des Guten passiver sei als das Böse. Sie gäben ihre ersteinfachen Bemühungen nur zu bald auf und überließen so den Zügel dem Geist der Plünderung und des Massenmordes.

Die typisch kleinbürgerliche Auffassung stellt die Dinge so hin, als ob in der Masse die antisozialen Leidenschaften immer und notwendig triumphieren würden. Die Geschichte zeigt aber etwas anderes: sie sind, daß die Massen sich schon öfter durch ihren heroischen Geist der Aufopferungsfähigkeit, ihren altruistischen Enthusiasmus und ihren Heldenmut ausgezeichnet haben. Alle Forscher, die sich mit der Psychologie der Massen befaßt haben, mußten zugeben, daß die Masse im Aufstand zuweilen Beweise einer bewundernswerten Gesinnungsgröße und Höhe liefert. „Die schlimmen Halunken", sagt zum Beispiel Le Bon, „bekennen sich, allein durch ihre Zugehörigkeit zu der Masse zu den Prinzipien der strengsten Moral."

Auch der bürgerliche Sozialpsychologe kann nicht leugnen, wie hoch sich die Masse im Aufruhr über die moralische Norm der Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, erhebt; er will aber kaum aber nicht einsehen, daß dieses Wunder in den Massen durch den revolutionären Geist entfacht wird, der die kleinen persönlichen Gefühle und die Angst um das liebe „Ich" zum Schweigen bringt, und sieht er sich gezwungen, das Aufodern der sozialen Kräfte in der Masse durch einen besonderen Faktor zu erklären. Gisbeke findet sie in der suggestiven Wirkung der Führer auf die Massen, die nichts anderes sei als ein Tonkrumpen, den der Wille der Führer zu gewissen Empfindungen und Antrieben weckt. Je nach den Einflüssen würde sich die Menge — in Wirklichkeit nur Selbstbewußtsein — bitten von bestialischer Grausamkeit oder wunderbarem Heldenmut hingeben. Alles hänge also vom Führer und von der Orientierung seines Willens ab.

Diese „Erklärung", die in ihrer Einfalt jeden bestimmenden Einfluß der historischen und sozialen Verhältnisse auf die Massen beiseite läßt, um sie einer mißlichen Hexe hinzuwerfen, welche durch fremde Kräfte bald hierhin, bald dorthin geschoben wird, — diese „Erklärung" unterschätzt die großen Massenströmungen, die die dramatischen Kulminationspunkte der historischen Entwicklung sind und setzt sie zu Handlungen einiger Individuen herab; sie verkennt ihre innere Notwendigkeit.

Man muß natürlich zugeben, daß die Menschen in ihrer Aktionsfähigkeit und in ihrer Energie verschieden sind, so wie sie in ihren geistigen und moralischen Fähigkeiten verschieden sind. Die außerordentliche Zatkraft gewisser Naturen — ebenso wie die besondere Geschicklichkeit dieser Tatkraft — ist gewiß nicht die einzige, jedoch die hauptsächlichste Eigenschaft, die sie zum Führer der Massen bestimmt. Um ihren Willen herum kristallisieren sich ihre Parteien, ihre Gesinnungsstände und ihre Wünsche; die unerschütterliche Entschlossenheit der Führer, die alles zu opfern bereit sind, ist es, die ihren Worten und allen ihren Handlungen eine suggestive Macht verleiht.

Die Massen hatten immer Führer und werden sie immer haben, denn jede Menschengruppe, ob sie groß oder klein ist, setzt sich instinktiv in die Macht eines ihrer Mitglieder um, das heißt, sie ordnet sich um einen Zentralpunkt. Aber die bürgerlichen Psychologen haben das Verhältnis zwischen den Massen und den Führern in einer sehr oberflächlichen und einseitigen Art erfaßt. In Wirklichkeit beruht die Einfluß und ihre suggestive Wirkung auf der Uebereinstimmung ihres eigenen Willens und ihrer Absichten mit denen der Massen; sie drängen den Massen keine fremde Ziele auf, aber sie leihen ihre eigenen Ziele und ihre klare Sicht.

Es ist ein Grundzug der modernen Psychiatrie, daß die suggestive Wirkung nie unbegrenzt ist, sondern im Gegenteil stets durch den organischen Zustand des betreffenden Subjekts beschränkt wird. Ebenso jeder der Einfluß der Führer seine Grenzen im organischen Zustand der Masse, ihrer Bedürfnisse und ihrer bewußten sowie unbewußten Gefühle, in ihren Gewohnheiten und in ihrer Willensrichtung. Eine der Bedingungen des Führertums besteht in der Uebereinstimmung des Willens der Führer mit der geistigen und moralischen Orientierung der Menge. Ebenso wie der Führer durch die Kraft seines Willens und seines Beispiels die Wünsche der Massen intensiver macht, ihren Willen nährt und sie zur Aktion stählt, so reagiert auch die Seele der Menge ihrerseits auf diejenigen, von denen sie geführt wird. Die Beziehung zwischen Führer und Masse ist eine einseitige Abhängigkeit, sondern eine Wechselbeziehung. Ein Führer kann auf Grund des Ansehens seiner Persönlichkeit und durch das Vertrauen und die Liebe, die ihm die Menge entgegenbringt, das heißt dank der Tatsache, daß er zu wiederholten Malen ihre Aspirationen bereits realisiert und ausgedrückt hat, — die Massen bis zu einem gewissen Grade ihrer geistigen und moralischen Orientierung beeinflussen. Aber nur bis zu einem bestimmten Punkt, und er muß durch die Verhältnisse begünstigt sein und kann nie absolut genommen werden. Die Geschichte selbst die der Arbeiterbewegung, ist voll von Beispielen, da Führer ihren Einfluß eingebüßt haben, weil im Verlauf der Geschehnisse die Aspirationen der Masse gewechselt hatten, sie aber nicht genügend darüber waren, um diesen Wechsel mitzumachen.

Das Ansehen und die Macht der großen Volksführer beruht hauptsächlich auf ihrem intuitiven Erfassen der Absichten, der Gefühle und des Willens des großen Durchschnittes aller, die an der Bewegung teilnehmen, und auf ihrer Fähigkeit, die Absichten auszuführen; und dies ist der Grund, warum die Führer sich auch stets gegen die extremen Elemente ihrer Gruppe wenden: in der Kirche, in der Partei oder in der Sekte, ebenso noch rechts, wie noch links. Führer der Massen sind meistens nur die Personen, welche die allgemeinen Aspirationen verwirklichen, also diejenigen der großen Majorität ihrer „Anhänger".

(Fortsetzung folgt.)

## Wirtschaft

### Weniger essen –

Gerade in der Zeit, in welcher sich das deutsche Proletariat immer mehr zur Mehr- und Ueberarbeit durch seine Gewerkschaften pressen ließ, ist die Ernährung am meisten zurückgegangen. Das statistische Landesamt veröffentlicht die Zahlen über den Rückgang des Fleischverbrauchs, die allein für Bayern für das 3. Quartal 1922 über 24 Millionen Kilo gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ausmacht. Nach dem Durchschnittsschlachtgewicht ergibt sich folgende Rechnung:

| | 3. Vierteljahr 1922 | 3. Vierteljahr 1921 |
|---|---|---|
| | Kilogramm | Kilogramm |
| Rindfleisch | 36 614 013 | 95 159 900 |
| Kalbfleisch | 12 885 505 | 15 552 247 |
| Schaffleisch | 7 412 181 | 9 714 663 |
| Schweinefleisch | 59 577 555 | 71 961 910 |
| | 166 389 555 | 192 408 120 |

Dieser Minderverbrauch ist allein auf das Proletariat zu verbuchen, da die Bourgeoisie heute genau so nicht weniger Fleisch verbraucht als vor einem Jahre.

## Mitteilungen

### Zur Programmfrage

Der Bezirk Groß-Berlin, der vom letzten Parteitag den Auftrag bekam, einen neuen Programmentwurf auszuarbeiten, hat beschlossen, als Vorarbeit dazu mehrere grundsätzliche Artikel in der „KPZ." zu den einzelnen Problemen erscheinen zu lassen.

Bisher sind folgende Artikel erschienen: „Uebernahme der Produktion" (Nr. 82 der „KPZ.", irrtümlich mit Nr. 83 bezeichnet), „Geldprobleme der Revolution" (Nr. 85), „Aktion" (Nr. 85) und „Zur Frage der Internationale, 1. Nikeiinternationale oder Führerinternationale" (Nr. 83 der „KPZ."). Die künftigen Artikel dieser Art werden mit der Bemerkung: „Zur Programmfrage" versehen werden.

Wir bitten alle diese Artikel in den Mitgliedschaften zu diskutieren und zu ihnen Stellung zu nehmen.

**Geschäftsführender Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.**

### Funktionäre!

Mittwoch, den 12. Dezember kombinierte Funktionärkonferenz der Partei, Union und Jugend, Schulaula, Gipsstraße. 7 Uhr abends.

Tagesordnung:

1. Eroberung der Produktion. Probleme während und nach der Machtergreifung des Proletariats.
2. KPUIE.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung legt das Erscheinen aller Funktionäre unbedingt voraus.

## Öffentliche Versammlung der KAPD. und AAU.

Dienstag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr:
Märkischer Hof, Admiralstraße.

Thema:
Das Resultat des Betriebsrätekongresses.
Der fortschreitende Zusammenbruch.
Was nun?
Proletarier erscheint in Massen.

### Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg der KAPD. und AAU.

am Sonntag, den 10. Dezember, vorm. 10. Uhr, Neukölln, Elfe Zeiher und Saale-Straße (Stadtbahnhof Station Neukölln), Lokal Kotike.

Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Ortsgruppen ist unbedingt Pflicht.

### Arbeitsausschüsse, Pressekommissionen!

Donnerstag, den 6. Dezember kombinierte Sitzung. Wichtige Tagesordnung.

### 13. Unterbezirk

Funktionär-Versammlung. Dienstag, den 5. Dezember, Wallstraße 23.

Alle Abteilungsleiter müssen mit dem gesamten Markenmaterial zwecks Abrechnung erscheinen.

Ferner müssen die Abteilungsleiter die Kinderzahl der Genossen bis 14 Jahre angeben.

### 13. Unterbezirk der AAU.

Das Versammlungslokal für die Obleute ist jetzt bei Max Bujack, Krummestraße 32. — Einzelmitglieder können nur noch jeden Donnerstag Zeitungen empfangen und Beiträge entrichten.

### Nachruf

Am Freitag, den 10. November 1922 ist unser Genosse Julius Rogast verstorben. Wir behalten ihn in ehrendem Andenken. 13. Unterbezirk.

### Für politische Gefangene

Von den Genossen der Firma Panzer A.-G., Bahnstr. 50, auf der Liste 4236 „ 1868 gesammelt, sind der KAUH. überwiesen.

### Quittung

Für den Pressefonds eingegangen: Von Ortsgruppe Ludwigshafen der Partei 1555 Mark, von der Ortsgruppe Ludwigshafen der Union 5000 Mark, vom 3. Berliner Unterbezirk der Union 1000 Mark.

## An unsere Leser!

Am 1. Dezember ist auch die „AAZ." gezwungen, den in letzter Zeit eingetretenen Papierpreis- und Lohnerhöhungen Rechnung zu tragen. Der Bezugspreis der „AAZ." muß deshalb wesentlich erhöht werden. Wenn er trotzdem noch wesentlich unter dem Preis einer Tageszeitung bleibt, auf die einzelne Nummer und nach Abzug aller Annoncen berechnet, so deshalb, weil die Herstellungs- und Expeditionskosten zum größten Teil durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Genossen bewältigt wird.

Genossen! Trotz des großen Zeitungssterbens, das momentan grassiert und sich noch steigern wird, ist es bisher gelungen, die Existenz der Arbeiterzeitungen, die „AAZ." inbegriffen. Sie muß auch in Zukunft wehen, trotz alledem! Aber es muß alles aufgeboten werden. Kein Opfer darf zu groß sein.

Die „AAZ." ersetzt für einen revolutionären Proletarier eine viel teurere und dabei noch konterrevolutionäre Tageszeitung.

Von Nr. 89 ab ist daher mit

**30 Mark**

pro Exemplar an den Verlag abzurechnen. Diejenigen Ortsgruppen, die am 15. Dezember nicht bis einschließlich Nr. 90 auf unser Postscheckkonto 49 029 die fälligen Beträge eingezahlt haben, müssen leider vom Weiterbezuge ausgeschlossen werden. — Für Einzel-Post-Bezieher beträgt das Halbmonats-Abonnement

**200 Mark.**

Auch für letztere muß Einzahlung bis 15. Dezember erfolgt sein, da sonst leider Weiterlieferung nicht erfolgen kann.

Führt der „AAZ." neue Leser zu!
Unterstützt die „AAZ." durch freiwillige Sammlungen!
Sorgt für pünktliche Abrechnung!
Haltet die revolutionäre Fahne hoch!

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Lieps, Thalen a. Rh.
Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin SW 68, Oranienstraße 160.

## An die Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen der KAPD.

ist der Verlag in der Lage zu mäßigen Preisen, soweit Vorrat, nachstehendes Angebot zu machen:

Liebknecht: Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. — Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und Eingaben Liebknechts . . . . . brosch. 100 ℳ

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Enthüllt die letzten Aufsätze von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: I. Die Ordnung herrscht in Berlin. II. Trotz alledem! . . . . . brosch. 15 „

Rosa Luxemburgs Rede auf dem Gründungsparteitag (Spartakusbund) . . . . . brosch. 25 „

Leo Jogiches: Der Mauchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (Tatsachenmaterial) . . . . . brosch. 10 „

Radek: Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage . . . . . brosch. 20 „

Bestellheim: Zur Krise der Kommunistischen Partei Ungarns (Internationale organisatorische Mißstände) . . . . . brosch. 20 „

Bucharin: Vom Sturze des Zarismus bis zur Diktatur des Proletariats . . . . . brosch. 50 „

Duchartre: Programm der Kommunisten (128 Seiten stark) . . . . . brosch. 100 ℳ

Werner Möller: Krieg und Kampf. Gedichte . brosch. 75 „

Kampf-Gesang. Proletar. Freiheitslieder (KAPD.-Verlag) . . . . . 20 „

**Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz**

Autoren: Lenin, Radek, Sinowjew usw.
Verschiedene Nummern. Einzelnummer 10 ℳ, Doppelnummer 20 ℳ

**Die Internationale**

Eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Hefte von 1919 und 1920. Jedes Heft 5 ℳ

**Russische Korrespondenz**

Verschiedene Nummern aus den Jahren 1918—1921. Illustriert. Jede Nummer 50 ℳ

**Rosa Luxemburg (Bronzesilber)-Postkarten**

Drei verschiedene Aufnahmen. Stück 10 ℳ

Vorstehenden Angebot gilt nur bis zum 10. Dezember 1922, dann Preise freibleibend. Organisationen erhalten 20% Rabatt. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers. Versand gegen Voranszahlung des Betrages auf Postscheck-Konto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Genossen! Macht von diesem Angebot regen Gebrauch, da der Vorrat schnell vergriffen sein wird!

Alle früher mitgeteilten und veröffentlichten Preise sind hiermit aufgehoben!

**Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.**

Soeben erschienen!

**Die kommunistische Arbeiter-Internationale**

Räte-Internationale
oder
Führer-Internationale?

Preis 20 Mark

Organisationen erhalten 20% Rabatt. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers. Versand gegen Voranszahlung des Betrages auf Postscheck-Konto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Die Herausgabe dieser Broschüre entspricht einem lange gehegten Bedürfnis. Es war notwendig, einmal den entschiedenen Standpunkten unserer Auffassung zum einer Internationale klar zu präzisieren und dem Wesen der Dreieinhalb auszuzeigen. Jeder Genosse im In- und Ausland muß diese Broschüre lesen.

**Verlag der Komm. Arbeiter-Partei, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6**

3. Jahrg. Nr. 90. Preis 35 Mark.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—3 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7. Nr. 49029

Bezugspreise für Groß-Berlin 150 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 200,— M. Postzeitungsliste, nach dem Ausland 800,— M. monatlich.

## Die nationale Politik der Sowjetregierung

Die Außenpolitik der Sowjetregierung hat sich mit Einführung der „neuen ökonomischen Politik" vollkommen den Erfordernissen der neuen Wirtschaftsweise immer mehr angepaßt. Die selbst ist die Folge des Zusammenbruches der revolutionären Bewegung in Westeuropa. Die russische Revolution rechnete von vornherein auf Unterstützung durch das westeuropäische Proletariat. Die russischen Kommunisten bauten auf diese Hoffnung überhaupt die Revolution auf. Der vorwiegend agrarische Charakter der russischen Wirtschaft ließ eine Herrschaft des Industrieproletariats überhaupt noch nicht zu. Die vorhandene Industrie war verhältnismäßig klein und keineswegs bestimmend im Rahmen der russischen Wirtschaft. Die russische Ausfuhr war vorwiegend agrarisch. Die Industrie war weder in der Lage, durch ihre Ueberschüsse die erforderlichen ausländischen Rohstoffe hereinzuholen, noch den Inlandsbedarf zu decken. Durch dieses Mißverhältnis wurde die russische kommunistische Partei gezwungen, die Bauernwirtschaft als Wirtschaftsgrundlage beizubehalten. Um gleichzeitig die politische Macht aufrechtzuerhalten, schuf sie sich einen politischen Ueberbau, den sie mit allen Mitteln im Kampfe gegen die Bourgeoisie durchsetzte. Dieser wurde ein Unterdrückungsapparat gegen die Bauernklasse, die auf diesen Druck durch Verweigerung der Belieferung mit landwirtschaftlichen Produkten reagierte. Der Kampf wurde zu Anfang mit der ganzen Wucht revolutionärer proletarischer Gewalt geführt. Rücksichtslos erfolgten die Requisitionen, man rührte allerdings das Privateigentum der Bauern am Grund und Boden nicht an. Durch diese Art des Vorgehens führte man zwar nicht eine kommunistische Bauernwirtschaft ein, aber man verschaffte sich wenigstens, wenn auch sehr primitiver Weise, die Möglichkeit, eine Zeitlang durchzuhalten, um für den Fall einer revolutionären Erhebung in Westeuropa gewappnet zu sein. Aus demselben Grunde traf man auch die notwendigen Vorbereitungen, wenn auch hauptsächlich nur theoretisch, zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft. Man wollte dadurch seine Herrschaftsstellung aufrechterhalten. Der Rahmen war da und die Füllung des Inhalts sollte durch das westeuropäische Proletariat erfolgen. Es ist völlig klar, daß unter diesen Umständen ein ungeheurer wirtschaftlicher Rückgang eintreten mußte. Es konnte weder positive Arbeit für den Kommunismus noch positive Arbeit für einen wirtschaftlichen Aufbau geschaffen werden. Diesem schmachtenden Zustand machte Lenin durch Einführung der neuen ökonomischen Wirtschaftspolitik ein Ende.

Da der Verfall der Wirtschaft gleichzeitig auch einen Verfall der gesamten russischen Bevölkerung bedeutet hat, und infolge der unerhörten Belastung durch den fortwährenden inneren und äußeren Krieg eine allgemeine Lebensmüdigkeit einsetzte, so war eine Belebung absolut notwendig. Man mußte aus dem Zustand der Organisation zum Wiederaufbau schreiten. Es gab da nur zwei Wege. Man konnte versuchen, die organisatorisch getroffenen Maßnahmen zu einer planmäßigen nationalen Wirtschaft in der Form, daß Rußland als ein einziges Unternehmen zusammengefaßt wurde, auszubauen, oder man mußte der Privatinitiative des Kapitals den Wiederaufbau überlassen. Im ersten Fall war die Beibehaltung der politischen Macht durch das Proletariat eine Notwendigkeit, weil bei den enormen russischen Bodenschätzen eine Eigenwirtschaft möglich war und sie auch eine höhere wirtschaftliche Form dargestellt hätte, da in diesem Rahmen die Anarchie der Produktion ausgeschaltet und die Produktion auf der Grundlage der Bedürfnisse des Proletariats aufgebaut werden konnte. Es wäre dazu notwendig gewesen, daß eine Umfassung der Landwirtschaft auf eine industrielle Großbetriebsform durchgeführt würde. Die Aufteilung des Landbesitzes in kleine Bauerngüter, wie sie nach der Oktoberrevolution erfolgt ist, hätte nie die Grundlage zu einer nationalisierten Wirtschaft bieten können. Es war also das Problem, die Bauernschaft zu expropriieren und durch das Industrieproletariat und die in den bereiten Teilen der Landbevölkerung, die landwirtschaftliche Produktion zu übernehmen. Dieser Aufgabe hat sich aber die kommunistische Partei Rußlands nicht unterzogen. Sie fühlte, daß das russische Industrieproletariat einem so gewaltigen Unternehmen nicht gewachsen war. Sie mußte in dieser Beziehung kapitulieren und sich für die kapitalistische Methode als den einzigen gangbaren Weg zum Aufbau der russischen Wirtschaft entscheiden. Dabei entstand die weitere Frage, ob die kommunistische Partei auch diese Aufgabe übernehmen oder sie einer bürgerlichen Schicht überlassen sollte. Die Uebernahme konnte nur in der Form erfolgen, daß man versuchte, einen Mittelweg zwischen den beiden Extremen zu konstruieren. Man ließ deshalb die nationalisierte Industrie in staatlichen Betrieb und gab den Aufbau des brachliegenden Teiles dem Privatkapital frei. Diese Form nannte man Staatskapitalismus und stellte sie gleichzeitig als die Uebergangsform zum Kommunismus hin. Unter diesem Zeichen vorgeschichtet man das Proletariat auf die neue Wirtschaftsform. Es soll in ihr durch die Beibehaltung der Industrie unter staatlicher Aufsicht eine Sicherung des Proletariats liegen. Man erklärt, daß auf diesem Wege allmählich ein Uebergewicht der Industrie über die Landwirtschaft geschaffen werden könne. Um aber die Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens zu fördern, weil die Wirtschaftsform doch nicht auf die Beherrschung eines Teiles der Industrie aufgebaut werden kann, führt die Sowjetregierung das Privateigentum als Wirtschaftsgrundlage ein. Sie schafft auch einen dementsprechenden politischen Ueberbau durch Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches, eines Handels- und Wechselrechts. Auch ein dementsprechendes Strafgesetzbuch liegt vor. Die Sowjetregierung verlangt von den Gewerkschaften die Umstellung auf den Kampf gegen das Kapital. Irgend welche Bindung der russischen Bauernschaft, durch die ihre unumschränkte Herrschaft über den Grund und Boden zugunsten einer staatlichen Wirtschaft eingeengt ist, ist weder getroffen, noch vorgesehen. Das Proletariat ist auf diese Weise völlig in die Defensive gedrängt. Die staatliche Industrie kann keinen Ausgleich schaffen. Diese Entwicklung konnte die russische kommunistische Partei voraussehen. Bei ihrer marxistischen Durchbildung mußte sie sich darüber klar sein, daß ein Zwitterding zwischen Kapitalismus und Kommunismus bei der geschilderten objektiven Grundlage gar nicht möglich ist, zumal, da der Aufbau der Industrie aus eigener Kraft gar nicht durchführbar war. Es war daher ein schweres Verbrechen an der revolutionären Bewegung, den Aufbau der russischen Wirtschaft als eine Aufgabe für das Weltproletariat hinzustellen und zu propagieren.

Man wendete sich ausdrücklich an beide, das ausländische Kapital und das ausländische Proletariat. Man forderte von beiden Mitarbeit. Es wurde versucht, bei beiden Anleihen unterzubringen. Dem Proletariat bot man geringe Verzinsung seiner Spargroschen an, während dem Kapital riesenhafte Konzessionen mit ungeheuren Profiten angeboten wurden. Das russische Proletariat, das der beständigen Fürsorge der Sowjetregierung teilhaftig sein soll, wurde unter den schlimmsten Ausbeutungsbedingungen dem ausländischen Kapital verschrieben. Die Sowjetregierung baut hier eine mit dem kommunistischen Namen. Kapitalistische Ausbeutung wird hier als kommunistische Wirtschaftsform hingestellt.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß eine gewisse Notwendigkeit für die Einführung des Kapitalismus vorliegt, so durfte auf keinen Fall die kommunistische Bewegung zur Erreichung des Aufbaues der russischen Wirtschaft mißbraucht werden. Die Außenpolitik der Sowjetregierung ist ganz und gar auf dieses nationale Ziel eingestellt. Rabet hat ganz offen auf der Tagung der Exekutive erklärt, daß die Beseitigung Deutschlands mit Rußland eine Notwendigkeit sei, und daß dadurch der Versailler Friede gefördert werden könne. Das schon früher mit dem deutschen Kapital eingegangene Bündnis, der Rapallovertrag, müsse ausgebaut werden. Die KPD. solle den Sturmbock dazu bilden. Sie hat die Aufgabe, die Handelsbeziehungen zwischen dem deutschen Kapital und der russischen Regierung zu befestigen. Sie ist nur eine Zweigniederlassung der russischen Außenhandelsstelle und wird auch in aller Form von der Sowjetregierung finanziert. Die Betriebsräteidee lehnen sich. Es werden dem deutschen Kapital alle Vorteile aus einer Bedrohung mit Rußland immer wieder vor Augen gehalten und für die östliche Orientierung eine ungeheure Propaganda entfaltet. Das deutsche Kapital reagiert aber auf alle Annäherungsversuche sehr schroff, da die Verbindung mit dem Westen schneller erringbare Profite verspricht und ihm ein gemeinsamer Widerstand gegen den russischen Imperialismus aussichtslos erscheint. Es findet aber Bundesgenossen, daß eine revolutionäre Bewegung durch den Aufstand in Rußland im deutschen Proletariat hervorgerufen werden könnte. Es ist sich völlig darüber klar, daß in Rußland

## Die Totengräber der Revolution

„Die Produktion muß gesteigert werden!" Dieses Programm der Schwerindustrie und der von ihr eingesetzten Regierung Cuno muß jetzt in die Tat umgesetzt werden. Zunächst muß man die Gewerkschaften interessieren. Auf seiner letzten Tagung, Ende November, beschäftigte sich der Ausschuß des ADGB. mit der Frage der Steigerung der Produktivität. Nach langem Hin und Her faßte der Bundesvorstehende Leipart das Ergebnis der Aussprache zusammen. Die Produktionssteigerung sei notwendig. Die Vorwürfe, daß die Gewerkschaften gegen eine solche seien, seien unberechtigt. Die Gewerkschaften könnten aber nicht der Auffassung zustimmen, daß eine Produktionssteigerung nur möglich sei durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften würden über Ueberstunden mit sich reden lassen, wenn nachgewiesen würde, daß eine vorübergehende Ueberschreitung der Arbeitszeit notwendig ist, wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hätten. Alle Tarifverträge bis auf heute entgegen Bestimmungen über Ueberstunden. Die Anordnung von Ueberstunden dürfe aber nicht der Arbeitgeber allein treffen, sondern nur gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Kann man sich da wundern, wenn der Frankfurter Sozialdemokrat Heinemann, der noch etwas dumm-ehrlich ist, schreibt:

> Ich könnte mir vorstellen, daß wir ein großes Stück Wegs besser mit der Deutschen Volkspartei als dem Zentrum zurückgehen können . . . Also wenn die sinkende Kampffront gegen die Deutsche Volkspartei? . . . Die Vertreter der Gewerkschaften sitzen mit den Herren Stinnes, Sorge usw. der sich hat auseinanderzusetzen zu der Deutschen Volkspartei stehen, in den Reichswirtschaftsräten, im provisorischen Reichswirtschaftsrat mit seinen vielen Ausschüssen usw. zusammen und versuchen, die brennendsten Fragen der Wirtschaft zu lösen.

Diese Auffassung steht nicht etwa vereinzelt da. Es bestätigt sich jetzt, was wir gleich sagten, daß die Regierung Cuno nicht nur mit Billigung, sondern sogar auf Anraten der DVP. gebildet wurde. Bei dem Ruhrabend um die Ministersessel waren es gerade die Vertreter der „linken" DVP., die verlangten, daß die Deutsche Volkspartei die Führung im Kabinett übernehme.

Dem theoretischen Beschluß des Arbeiterverrates folgt die Praxis gleich auf dem Fuße. Die Unternehmer können jetzt, wo sie den Garantieschein der Unterstützung ihrer Aktion durch die Gewerkschaften in der Tasche haben, offen ihren Vorstoß wagen. Die Unternehmer der straff im chemischen Konzern, dem die 5 größten Werke angehören, zentralisierten chemischen Industrie machen den Anfang. Aus der Chemischen Fabrik Bayer, Leverkusen bei Köln, liegt folgender Bericht vor:

> Auf Verlangen der Leverkusener Farbwerke gewährte der sozialdemokratische Regierungspräsident Bachem in Düsseldorf „vorübergehend" den 10stündigen Arbeitstag für Leverkusen. Der Arbeiterrat weigerte sich trotzdem den diktatorischen Befehl der Direktion, daß die Handwerker von jetzt ab 9 Stunden arbeiten müßten. Doch in der Vertrauensmännerversammlung, die zu der Situation Stellung nahm, erklärte der Betriebsobmann des Fabrikarbeiterverbandes, Stork, daß den Gewerkschaften keine Mittel zur Bestreikung Kölners, um den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Wenn es gelingen sollte, die Belegschaft und der Direktion zu Differenzen kommen, werde der Fabrikarbeiterverband diese Bewegung nicht fühlen!
>
> Durch diese Haltung des Fabrikarbeiterverbandes gezwungen, arbeiten die Handwerker Leverkusens jetzt ebenfalls neun Stunden.

Auch dem in Ludwigshafen provozierte Streik liegt dasselbe Bestreben zugrunde. Die Arbeiterschaft soll die 10stündige Arbeitszeit aufgezwungen bekommen. Die Gewerkschaften arbeiten schon vor. In einer gestern stattgefundenen Gewerkschaftssitzung in Mannheim wurde beschlossen, daß der Streik der Ludwigshafener Arbeiter nicht mehr unterstützt wird. Alle Vertreter des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes haben sich ebenfalls gegen die Finanzierung ausgesprochen. Es wurde der Beschluß gefaßt, zwischen der Zentralstreikleitung und der Direktion der BASF. als Vermittler aufzutreten und den Streik beizulegen.

Ebenso haben Mannheimer Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft einen Aufruf gerichtet gegen die Versuche unverantwortlicher Elemente, den Streik in Ludwigshafen nach Mannheim und Baden zu verpflanzen. Die Gewerkschaften warnen die arbeitswilligen, sich von diesen verantwortungslosen Elementen zum Schrittmacher nehmen zu lassen und lehnen es ab, auch nur im geringsten für die Folgen einzutreten.

Man braucht sich natürlich nicht wundern, wenn jetzt der Streik in Ludwigshafen abgewürgt wird.

Wenn die Arbeiterschaft aus all diesen noch nichts lernt, sie sich immer wieder die Augen verkleistern läßt, so hat sie für das Schicksal, was ihr bevorsteht, selbst die Verantwortung zu tragen. Dieser Einheitsfront von den Unternehmerverbänden bis zu den Gewerkschaften muß die Front des klassenbewußten Proletariats entgegengestellt werden.